

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röhlstraße Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 3892.

Zusätze  
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 50 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## Kollegen, gedenkt der Iserlohner Ausgesperrten! Schnelle Hilfe - doppelte Hilfe!

### Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

An die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer, Agitationskomitees und Bezirksleiter!

Die zu Pfingsten stattfindende Generalversammlung unseres Verbandes soll nicht nur dazu dienen, durch bestimmte Beschlüsse die nächsten Aufgaben des Verbandes festzulegen, sondern sie wird auch zu einer Stätte des Austausches der innerhalb der letzten zwei Jahre gemachten Erfahrungen zwischen den Delegierten der verschiedenen Orte. Um diesen Zweck wirksam zu unterstützen und zum Austausch von Erfahrungen sowie Vorschlägen zum künftigen Arbeiten anzuregen, beabsichtigt der Vorstand die Veranstaltung einer

### Ausstellung von Verbandsmaterial

im Lokal der Generalversammlung. Die Ausstellung soll außer dem vom Vorstand herausgegebenen und von ihm selbst zur Ausstellung gebrachten Material umfassen:

1. Agitationsmaterial, welches seitens der einzelnen Orte und Bezirke abweichend von dem des Vorstandes herausgegeben worden ist.
2. In der gleichen Weise zur Ausgabe und Verwendung gelangtes Material für die Arbeitslosenkontrolle und die Arbeitsvermittlung.
3. In gleicher Weise herausgegebenes auf Streiks, Aussperrungen und Differenzen bezügliche Material.
4. Material über die Werkstellenorganisation durch Vertrauensleute, über die verschiedenen Arten der Beitrags-einzahlung etc.
5. Material über die innere Verwaltung, Buchführung, Beitragsregistrierung, Ortsstatuten und dergleichen.
6. Sonstiges Material, das auf die Organisation Bezug hat, im Obigen aber nicht angeführt ist.

Indem wir die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer, Agitationskomitees, Bezirksleiter ersuchen, sich möglichst rege an dieser Veranstaltung beteiligen zu wollen, ersuchen wir sie, ihre Beteiligung an derselben dem Vorsitzenden des Lokalkomitees mitzuteilen und etwa zur Ausstellung gelangende Materialien an denselben bis zum 23. Mai einzusenden. Bei der Einsendung und Verpackung des Materials ist daselbe nach obiger Aufstellung zu ordnen und je nach der Abteilung, in die es gehört, besonders einzuschlagen oder zu kwertieren und mit einer Aufschrift, aus der sich die betreffende Abteilung, in die es gehört, ergibt, zu versehen. Eine Aufstellung über das eingesandte Material ist beizufügen.

Sämtliches zur Ausstellung gelangende Material ist dem Vorstand nach Schluß der Ausstellung für das Verbandsarchiv zu überweisen.

Stuttgart, 2. Mai 1903.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

### Die Arbeiterinnen und der gesetzliche Zehnstundentag.

Wie erinnerlich, hat im verfloßenen Jahre das Reichsamt des Innern, dem merkwürdigerweise die reichen Ergebnisse der Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen im Jahre 1899 nicht genüßten, eine weitere bezügliche Erhebung durch die Fabrikinspektoren und die — Unternehmerorganisationen (Handelskammern, Schanzmacher-Verband etc.), also mit völliger Ignorierung der Arbeiterorganisationen, veranlaßt, offenbar zu keinem anderen Zwecke als dem, die ernsthafteste Fortführung der Arbeiterschutzesgebung weiter auf unabsehbare Zeit zu verschleppen. Wie ungerechtfertigt aber ein solch falsches Spiel mit der Arbeiterschaft ist, beweist auch der Sonderbericht der badischen Fabrikinspektion über die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentags für die Arbeiterinnen.

Die Erhebungen erstreckten sich auf 2246 Betriebe mit 50927 Arbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren. Davon hatten am 1. Oktober 1902 58,3 Prozent der Betriebe mit 37,7 Prozent der Arbeiterinnen eine tägliche Arbeitszeit von

zehn und weniger Stunden, 41,7 Prozent beziehungsweise 62,3 Prozent eine solche von über zehn Stunden. Die Mehrzahl der Betriebe mit der Minderzahl der Arbeiterinnen hat demnach die kürzere Arbeitszeit, die Minderzahl der Betriebe mit der Mehrzahl der Arbeiterinnen die längere Arbeitszeit, das heißt, daß in Baden ebenso wie in Berlin die kleineren Betriebe günstigere Arbeitszeitverhältnisse haben als die größeren und großen. Die badische Fabrikinspektion bemerkt dazu: „Charakteristisch ist, daß die Betriebe mit einer Arbeitszeit bis zu zehn Stunden im Durchschnitt 16 Arbeiterinnen, die mit einer mehr als zehnstündigen Arbeitszeit im Durchschnitt 35 Arbeiterinnen beschäftigen. Das rührt daher, daß unter den letzteren sich die großen Betriebe der Textilindustrie sowie die Mehrzahl der Zigarrenfabriken befinden.“

Über die Arbeitszeitverhältnisse in der Metall- und Maschinenindustrie sind in den Tabellen folgende Angaben gemacht:

Tägliche Arbeitszeit:	Metallindustrie Zahl der Betriebe	Metallindustrie Zahl der Arbeiterinnen	Maschinenindustrie Zahl der Betriebe	Maschinenindustrie Zahl der Arbeiterinnen
Bis zu 9 Stunden.	13	36	9	70
Über 9 bis 10 Stunden	424	3836	47	928
„ 10 „ 11 „	56	1276	11	299
„ 11 „	16	486	8	8
Mittagspause:				
Über 1 bis 1 1/2 Stunden	82	381	31	342
„ 1 1/2 „ 2 „	4	6	6	18
Feierabend am Samstag-Nachmittag:				
Vor 5 Uhr . . . . .	35	276	1	55
Um 5 „ . . . . .	17	129	12	314
„ 5 1/2 „ . . . . .	457	5158	54	941

Die große Mehrzahl der Betriebe und der Arbeiterinnen hat demnach eine tägliche Arbeitszeit von zehn und weniger Stunden, die Minderzahl der Betriebe und der Arbeiterinnen eine längere Arbeitszeit. Bei der Metallindustrie handelt es sich fast ausschließlich um die Bijouterieindustrie, deren Hauptstift, wie bekannt, Pforzheim ist, bei der Maschinenindustrie um die Nähmaschinenfabriken, Uhrenfabriken und die Fabrikation von chirurgischen Instrumenten.

Zu den für die Metall- und Maschinenindustrie festgestellten Arbeitszeiten bemerkt die badische Fabrikinspektion: „In der Schmutzwarenindustrie wird, von Ausnahmewilligungen abgesehen, zumeist nicht länger als zehn Stunden gearbeitet. Während der Saison und infolge eiliger Bestellungen kommen oftmals Arbeitszeiten von zwölf und dreizehn Stunden vor. Der Festlegung einer zehnstündigen Arbeitszeit für die Arbeiterinnen stehen so lange keine Schwierigkeiten entgegen, als durch Ausnahmewilligungen dem durch die besondere Eigenart der badischen Schmutzwarenindustrie bedingten Bedürfnis Rechnung getragen werden kann. Da in den letzten Jahren dreizehnstündige (!) Arbeitszeiten immer seltener geworden sind und zudem für die zahlreichen auf dem Lande wohnenden Arbeiterinnen wegen den Zugverbindungen oft nicht zur vollen Durchführung gelangen können, neigen die befragten Arbeitgeber der Meinung zu, daß eine Herabsetzung der Höchstdauer der Überarbeitszeit von dreizehn auf zwölf Stunden erträglich sei, wenn dafür die Zahl der Tage, an denen solche Überarbeit auf Grund des § 138a der Gewerbeordnung zugelassen werden kann, von 40 auf 60 Tage heraufgesetzt würde. Auch im Interesse der Arbeiterinnen möchte es erforderlich sein, die Höchstdauer des Überarbeitstages auf zwölf Stunden zu beschränken, da eine dreizehnstündige Arbeitszeit, auch wenn sie nur wenige Wochen andauert, zweifellos von nachteiligen Folgen ist. In demselben Sinne sprachen sich auch Arbeitgeber aus. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen bei so langer Dauer der Arbeitszeit merklich nachlasse. Für den Fall, daß eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen erfolgt, wird für die badische Schmutzwarenindustrie eine Erhöhung der Zahl der Arbeitstage, an denen Überarbeit bis zu zwölf Stunden zugelassen werden kann, befristet werden können. Wenn die zwei Wochen überschreitende Überarbeit bis zu 60 Tagen gestattet und an einer Durchschnittsdauer der Arbeitszeit von nicht über zehn Stunden festgehalten wird, so dürfte wohl den Arbeiterinnen die für sie wünschenswerte Verbesserung geboten und zugleich die Interessen der Industrie hinreichend gewahrt sein.“

Aus diesen Ausführungen ist zunächst festzuhalten, daß die tägliche Arbeitszeit in der Bijouterieindustrie bereits meistens nur zehn Stunden beträgt, die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentags also nichts anderes bedeuten würde als die einfache Sanktion des bereits bestehenden tatsächlichen Zustandes. Ferner ist festzuhalten, daß die lange

Überarbeit teilweise nicht einmal ausgenutzt wird und andererseits die längst nicht mehr neue Erfahrung gemacht wurde, daß, je länger die Überarbeit, desto geringer die Leistungsfähigkeit ist. Daraus hätte, sollte man meinen, die Fabrikinspektion den Schluß ziehen sollen, daß die tägliche Überarbeit nicht mehr als eine Stunde, die gesamte tägliche Arbeitszeit nicht mehr als elf Stunden betragen und daß Überzeithewilligung 40 Tage im Jahre nicht überschreiten dürfe. Damit sollte die Bijouterieindustrie auskommen können, wenn man anerkennen will, daß sie ohne gelegentliche Arbeitszeitverlängerung nicht auskommen kann. Sie muß sich eben bestreben, ihre Produktionsverhältnisse und Lieferungsbedingungen immer günstiger zu gestalten, die rationellste Ordnung zu schaffen, um so weit als möglich mit der normalen Arbeitszeit auszukommen.

Bezüglich der Uhrenindustrie wird konstatiert, daß sie seit einigen Jahren mit der Einführung der 10stündigen Arbeitszeit begonnen hat. In den größeren Industrieorten Billingen, Furzwangen und Triberg ist der Zehnstundentag allgemein üblich. In St. Georgen wird zum Teil noch 10 1/2 Stunden gearbeitet, 10 3/4 Stunden in einer größeren Fabrik in Schonach. Diejenigen Betriebsinhaber, welche schon jetzt 10 Stunden arbeiten lassen, sind mit dieser Einrichtung durchaus zufrieden. Sie haben die größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter hervor, durch welche bei verminderten Betriebskosten die Produktion auf gleicher Höhe gehalten werden könne. Auch in andern Fabriken hat man gegen die Verkürzung der Arbeitszeit keine Bedenken, zumal die verheirateten Arbeiterinnen jetzt schon nicht länger als zehn Stunden arbeiten. Im übrigen ist die Arbeitszeit der Männer von der der Frauen nicht unbedingt abhängig. Die Fabrikinspektion kommt also zu dem Schlusse, „daß die Einführung des Zehnstundentags für die Uhrenindustrie ohne Schwierigkeit durchführbar ist“.

In den allgemeinen Schlussbetrachtungen werden die allbekannten Bedenken, welche von den Unternehmern seit 100 Jahren gegen die Verkürzung der Arbeitszeit erhoben werden und die sich daher mehr durch ihr ehrwürdiges Alter als durch ihre Beweiskraft auszeichnen, kritisch beleuchtet und mit Geschick entkräftet. Die verlogenen Hinweise auf das Ausland, das kaum oder nicht die gleichen „sozialpolitischen Lasten“ wie die deutsche Industrie zu tragen habe, werden zurückgewiesen mit der Feststellung, daß die Kulturstaaten auf den Bahnen der Arbeiterschutzesgebung immer kräftiger fortschreiten.

Der stark betonten Einwendung gegenüber, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie einer weiteren Ausdehnung der Arbeiterschutzesgebung entgegenstehe, wird mit Recht um so weniger Bedeutung beigelegt, als während eines alle Arbeitskräfte anspannenden Hochstandes der Industrie der Zeitpunkt für eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit zweifellos von ihr ebensowenig als gekommen erachtet werden würde.

Die Befürchtung einer Produktionsverminderung und Produktionsverteuerung wird durch die überall gemachten Erfahrungen widerlegt. Die Intensität der Arbeitsleistung nimmt in der verkürzten Arbeitszeit zu und soweit die Größe dieser Leistung von Maschinen abhängig ist, wird die in fortwährender Verbesserung begriffene Technik eingegriffen haben. Demgemäß verliert auch der Einwand, daß die Kürzung der Arbeitszeit eine geringere Ausnutzung der Betriebsanlagen mit sich bringe, seine Bedeutung.

Gegenüber dem wahrhaft lächerlichen Einwand, daß der gesetzliche Zehnstundentag die Ausdehnung der Arbeitsstunden verunmögliche, wird ausgeführt, daß ja Übergangsbestimmungen geschaffen und dann nie jezt Ausnahmewilligungen erteilt werden können. Im übrigen liegt es im eigenen Interesse derjenigen Industriezweige, welche durch mehr oder weniger willkürliche und rücksichtslos kurzfristige Warenabforderungen zu zeitweiliger Überzeitarbeit gezwungen werden, mit allen Kräften auf die Abschaffung dieser schädigenden Gepflogenheiten ihrer Abnehmer hinzuwirken.“

Gegen die „väterliche Besorgnis“ der Kapitalisten, daß den Arbeiterinnen aus der Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnverminderung entstehen könnte, wird zutreffend bemerkt, daß eine Produktionsverminderung nicht notwendiger Weise aus der Verkürzung der Arbeitszeit folgt, also auch kein Lohnausfall. „Der Nachweis möchte kaum zu erbringen sein, daß die schon in Kraft stehende Einschränkung der Frauenarbeit eine derartige Wirkung ausgeübt habe.“

Weiter wird dargelegt, daß aufgeklärte Unternehmer die Leistungen und Beschränkungen, die ihnen die sozialpolitische

Gesetzgebung auflegte, niemals als Opfer — als Gabe ohne Gegengabe — betrachtet, sondern deren werdenden Wert als solchen anerkannt haben. Und diese Auffassung verbreitet sich in immer weiteren Kreisen, wie denn das Fortschreiten des sozialen Gedankens und der in ihm liegenden Erkenntnisse ein unaufhaltsames ist. Ein einziger mehr oder weniger glücklicher Abschluß im Einkauf oder Verkauf kann an einem Tage einem Unternehmer eine Summe als Mehrgewinn zuführen oder als Verlust entziehen, die über die sozialpolitische Jahresforderung weit hinausgeht.

Es werden sodann die fördernden guten Wirkungen der sozialen Gesetzgebung auf die rationellere Ausgestaltung und Ausnutzung der Betriebe, auf die Vervollkommnung ihrer maschinellen Einrichtungen, auf bessere Kalkulation und größere Ordnung betont und so die Gesetzgebung als die Lehrmeisterin der Industrie bezeichnet. Die badische Fabrikinspektion schließt: „Wer heute einen vorurteilslosen Blick in die innere Organisation der industriellen Betriebe wirft und einen Vergleich zieht mit deren Stand vor 15 und mehr Jahren, der muß erstaunt sein über die Kräfte, die seitdem beinahe überall rege geworden sind, Kräfte, an deren Belebung damals nur besonders hervorragende Fabrikanten gedacht haben. Wenn heute die deutsche Industrie in vielen Dingen, die für eine möglichst geordnete und billige Produktion von Belang sind, der Industrie anderer Länder vorbildlich gegenübersteht, so hat hieran die von der sozialen Gesetzgebung ausgehende Stimulation einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Auch von diesem allgemeinen Gesichtspunkt aus wird eine Verkürzung der Frauenarbeitszeit und ein zeitigerer Arbeitschluß (auf 4 1/2 Uhr wird vorgeschlagen) am Samstag und an Vorabenden der Festtage als zweckmäßig und durchführbar erscheinen.“

Hoffentlich kommt nun Graf Posadowsky bald mit einer Vorlage zur Einführung des gesetzlichen Zehnstundentags vor den Reichstag.

### Wohlfahrtsplage.

Unter vorstehendem Titel erschien im Verlag von A. Gerisch zu Dortmund eine von unserem Verbandskollegen W. Dittell verfasste drei Bogen starke Broschüre (Preis 30 Pf.), in welcher in ausführlicher Weise Zweck und Wirkung der sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen besprochen wird. Durch die Darlegungen werden die zur Zeit in Dresden, Görlitz, Bremen sich abspielenden Vorgänge, bei denen die Wohlfahrtskassen auch eine große Rolle spielen, besonders beleuchtet, indem der Verfasser nachweist, daß alle die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen nur den Zweck verfolgen, Arbeiter und Beamte wehrlos zu machen, sie zu schädigen, wenn sie sich als Staatsbürger fühlen. Und leider erreichen die Unternehmer nur zu gut ihren Zweck, weshalb es Aufgabe der Gesetzgebung ist, die Arbeiter und Beamten gegen die Wohlfahrtsplage zu schützen. Wir entnehmen der Broschüre folgenden interessanten Abschnitt. Nachdem die Bestimmung, wonach die Gewährung einer Pension an eine bestimmte Dienstzeit gebunden ist, kritisch gewürdigt wurde, heißt es weiter:

Aber! — kein Kassennmitglied hat Anrecht, 15, 20 oder 40 Jahre bei der Firma beschäftigt zu werden, das Mitglied kann zu jeder Zeit entlassen werden. Niemand hindert die Firma, Arbeiter, welche bald das pensionsfähige Dienstalter erreicht haben, auf die Straße zu setzen; die Hoffnung auf Pension, das eingezahlte Kapital ist dahin, auf Nimmerwiedersehen, wenn die Firma diktiert. Und wenn jemand sich „unbeliebt“ gemacht hat, dann kann gar leicht der Zufall — überfällig zu werden — sein tückisches Spiel treiben. Wie der „Zufall“ spielen kann, dafür nur ein paar Beispiele. Das ehemalige Vorstandsmitglied der Krupp'schen Krankenkasse, der Dreher Fink, erzählte in einer öffentlichen Versammlung am 19. März 1903 folgendes:

Ich war 19 1/2 Jahre bei der Firma Krupp beschäftigt und habe mir nichts zu schulden kommen lassen, welches meine Entlassung rechtfertigt. Mein Hinmüßigwerden erfolgte nur deshalb, weil ich der Firma Krupp im Pensionskassenvorstand unbenommen wurde mit meinen Reformansätzen. Für diese Behauptung liefere ich jederzeitzeugen. Von Meistern und Beamten ist mir gesagt worden, ich möge mich vorsetzen, meine Maßregelung werde beabsichtigt. Den äußeren Grund zu meiner Entlassung mußte eine gebrochene Schraube an der Drehbank abgeben, der Wert des dadurch verursachten Materialschadens beläuft sich auf etwa 50 Pf. Gerade noch rechtzeitig vor der Generalversammlung wurde ich ambolot infolge der Entlassung. Die übrigen Vorstandsmitglieder, mit denen ich die

Beratungen auf Statutenänderung vorher gepflogen hatte, schwiegen sich später aus, sie befürchteten das gleiche Schicksal. Anderen Personen ist es ähnlich ergangen. ... Auf dem so berühmten Altenhof, dem sogenannten Paradies der Krupp'schen Pensionäre, befanden sich zu meiner Zeit Leute, welche 8 bis 10 Mk. Pension erhielten. Ein Mann und eine Frau erhielten zusammen 27 Mk. monatlich, so wird es auch heute noch sein. Wenn die Leute dort auch ein sicheres Obdach haben, so reicht doch in manchen Fällen die Pension nicht aus, mehr wie ein knapperes Fristen des Lebens hat dort aber sicher keine frühere Arbeiterfamilie. Kinder oder sonstige Verwandte, ob groß oder klein, dürfen die Altenhofbewohner nicht bei sich aufnehmen. Die Pensionäre sind nicht mehr Mitglieder der Krankenkasse, sie erhalten nur Arzt und Apotheke frei. So kommt es denn, daß der überlebende Teil eines Ehepaares die Beerdigungskosten tragen muß. Einer Pensionärswitwe, welche um Erstattung der Beerdigungskosten einkam, wurde geantwortet, das sei nicht anständig, sie habe doch noch die Pension von 27 Mk. im voraus erhalten, von welcher nichts zurückgefordert werde. Bei Einführung der Reichsinvalidenpension wurden bei Krupp die Pensionen insgesamt um 89 000 Mk. gekürzt. Freilich werden auch bei Krupp ganz auskömmliche Pensionen gezahlt, die Empfänger derselben sind aber nicht aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, seien Vorzeit geniesene Beamte und deren Witwen.“

In dem Zeugnis, welches Fink über Führung und Leistung beantragte, mußte man dem Hinausgeworfenen das Prädikat: gut! eintragen. —

Der Arbeiter von der Grinten wurde zehn Tage vor Beendigung einer zwanzigjährigen, ununterbrochenen Dienstzeit plötzlich ohne Kündigung entlassen, angeblich, weil er seinen Arbeitskollegen Butterbrote fortgenommen habe. —

Daß es „Wohltäter“ gibt, die systematisch „Zufälligkeiten“ herbeiführen, wodurch Arbeiter von der Erlangung einer zu Pensionsansprüchen berechtigenden Dienstzeit bewahrt bleiben, dafür liegen einige interessante Dokumente vor, die der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben sollen. Die Firma Pauchsch in Landsberg a. W., Maschinenfabrik, hat sich auch einen Platz unter den berühmten Wohlfahrtsfirmen erworben durch Einrichtung einer beitragsfreien Pensionskasse, aus welcher laut § 4 des Statuts nach zehnjähriger Dienstzeit, falls dann Invalidität eintritt, Pension gezahlt wird. So besagt das Statut der Wohlfahrtskasse, aber die vermeintliche Wohlfahrt wird für manchen Arbeiter zum Fluche, sie macht ihn arbeitslos. Mancher Arbeiter, dem sonst das Arbeitsverhältnis nicht gekündigt würde, fliegt aufs Pflaster — nur damit er nicht pensionsbezugsberechtigt wird. Der Wohlfahrtsnebel zwingt den Arbeiter unter die Willkür des Fabrikgehaltigen, die Wohlfahrts-Einrichtung macht den Arbeiter beschäftigungslos, gerade wie es der Wille und das Interesse des Unternehmers erheischt. Wie das gemacht wird? — Diejenigen Arbeiter, welche bald das zehnjährige Dienstjubiläum feiern können, werden in eine Liste eingetragen. Diese Liste macht die Kunde zu den verschiedenen Betriebsführern, welche hinter den resp. Namen vermerken, ob der Mann bleiben darf oder „fliegen“ muß.

Nachstehend einige der Listen mit Anweisung und den von den Betriebsbeamten eingetragenen „roten“ Vermerken: Namen der Arbeiter, welche im ersten halben Jahre von 1895 zehn Jahre in der Fabrik beschäftigt werden.

1. Kesselschmiede. Friedrich Ranglact, vom 10. April 1875. Ist noch jung, sehr brauchbar, jedoch kränklich, ist einige Tage entlassen worden.
2. Schlosserei und Dreherei. Gustav Orienow, vom 5. Juli 1875. Noch jung, gesund, brauchbar.
3. Schmiede. Joseph Goldau, vom 5. April 1875. Zirkel 46 Jahre alt, mäßiger Arbeiter, jedoch für rohe Arbeiten brauchbar, gesund, ist vorübergehend entlassen worden. Gesund und ganz brauchbar.
5. Arbeiter. Friedrich Strand, vom 8. Juni 1875. Gesund, brauchbar.

Erstmalig D. B. von obenstehenden Arbeitern diejenigen zu bezeichnen, welche durch Brauchbarkeit und gute Führung sich wert gemacht haben, der Beginn der Berechtigung für die Invalidenrente teilhaftig zu werden.

Bei den übrigen müßte, sofern sie nicht entlassen werden sollen, auf kurze Zeit die Beschäftigung durch Entlassung ununterbrochen werden.

Es werden sodann noch eine Anzahl solcher Listen mit zum Teile charakteristischen Bemerkungen aufgeführt. Sodann jagt der Verfasser:

Da hat man den Segen der Wohlfahrts-Einrichtung in seiner ganzen Herrlichkeit. Wer kurz vor Abschließung der

Gefühl, von solch hohen Persönlichkeiten als Fabrikant, Hochwohlgeboren, bezeichnet und höflich gebeten zu werden! Da man unter diesen Umständen nicht widersprechen konnte, trat ich sofort alle Vorkehrungen, um in der Versammlung rechtzeitig und würdig zu erscheinen. Ich legte mein einziges tägliches Gewand an, betrachtete mich, soweit dies möglich war, in dem kleinen Küchen-Spiegel, meinem einzigen Luxusgegenstand, ließ mich von meinen Angehörigen noch bewundern und schritt dann würdevoll zum Bürgerhaus. Hier angekommen wurde ich von einigen Großfabrikanten freundlich begrüßt. Diese Begrüßung bestärkte mich noch mehr in meinem Fabrikantengefühl. Ich suchte mir einen bescheidenen Platz und gleich darauf nahm die Beratung ihren Anfang. Ein Herr, welcher sich in ziemlich kurzer Zeit zum Großfabrikanten emporgearbeitet hatte, Fritz Kriechtempor war sein Name, führte aus, daß es höchste Zeit sei, die treuen und gutgeleiteten Arbeiter gegen die Verheerung der „Großschredder“ in Schutz zu nehmen. Die Arbeiter würden sonst immer unzufriedener und lassen sich dann von dem „wohlwollenden“ Arbeitgeber nicht jeden beliebigen Lohn diktieren. Nachdem Herr Kriechtempor geendet, nahm ein anderer das Wort. Es war ein großer Mann mit schwarzem Kopfsaar und eberjohlem Schmirrbart. Eine gut entwickelte Nase, starke Augenbrauen und beinahe hafführende Augen erinnerten stark an einen russischen Gefangenenaufseher, der gewohnt ist, mit der Knute umzugehen. Meine Bewunderung war daher groß, als dieser brutal aussehende Mann folgendes ausführte: „Die Großschredder hätten nicht die Arbeiter verheert, sondern die vielfachen Lohnwasserleier und die prozenthafte Behandlung seitens vieler Arbeitgeber. Man solle den

zur Pensionierung berechtigenden Dienstzeit noch gesund und rüstig ist, dabei das Wohlwollen des Herrn nicht verachtet hat, er genießt die Gnade, nicht aufs Pflaster geworfen zu werden. Wer aber kränklich ist, sich in den zehn Jahren die Proletarierkrankheit auf den Leib schufte und das Mißfallen des „Wohltäters“ erregte, er darf vor dem Fabrikator über trügerische Pensionshoffnungen nachgrübeln und — hungern. Wer noch gesund und ausbeutungsfähig ist nach zehnjähriger Dienstzeit, aber aus irgend welchen Gründen vor einer möglichen, durch unvorhergesehene, plötzliche Erkrankung eintretenden Pensionsberechtigung bewahrt werden soll, dessen Dienstzeit muß unterbrochen werden, dann ist man wieder auf zehn Jahre der Gefahr enthoben, mit Pensionsansprüchen belästigt zu werden.

Derjenige, der der Gefahr der Dienstalterklippe entronnen ist und dann „glücklich“ arbeitsunfähig wird, hat aber noch lange keine Ansprüche auf Pension. Er mag nach seiner und aller Welt Meinung gänzlich arbeitsunfähig sein, wenn die Verwaltung die Arbeitsunfähigkeit nicht anerkennt, gibt es keine Pension. Rechte sind vollständig ausgeschlossen. Im Krupp'schen Statut (siehe oben) heißt es ausdrücklich: „Pension wird gezahlt, wenn der Kassenvorstand — kann ruhig heißen die Firma Krupp — nach Einholung ärztlicher Gutachten das Vorhandensein völliger Arbeitsunfähigkeit — anerkennt. Selbst die ärztliche Autorität versagt vor der Diktatur der Wohlfahrtsbehörde.“

Die reichhaltige Broschüre ist sehr zu empfehlen, besonders auch Beamten wegen des Kapitels: Beamten-Pensionskassen.

### Zum Kampf in Herlohn.

An die Frankfurter Zeitung hat einer der Hauptkämpfer im Herlohn-Kampfe, Herr Magney, ein längeres Schreiben gesandt, das auch veröffentlicht wurde. In dem Schreiben heißt es, daß die Fabrikanten sich früher nicht darum gekümmert hätten, ob die Arbeiter organisiert wären oder nicht, und daß nur durch das Arbeiterssekretariat das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Unternehmern zerstört worden sei. Er führt dann weiter einige Streiks an, bei welchen die Organisationen „das denkbar möglichste durch Schmähungen, Verbädigungen und Beleidigungen geleistet hätten“. Die Arbeiterführer hätten „den Haß zwischen den beiden Volksschichten geschürt“. Dann geht Herr Magney in entstellender Weise auf die Ursachen der jetzigen Aussperrung, den Streit der Arbeiter bei Schäfermeyer & Hens, ein; er rühmt, daß Herr Hartmann, Generalkassier des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins aus Berlin, gesagt habe, daß Berlin, die Stadt der Intelligenz, es noch nicht so weit gebracht habe, derartige Bedingungen, wie sie am 28. März vereinbart worden sind, zu erreichen.

Herr Magney erklärt weiter, daß das Vorgehen der Unternehmer ein „Akt der Notwehr“ sei, verteidigt den Arbeitsnachweis, bei dem 15 Fabrikanten entscheiden, ob ein Arbeiter gepeinigt werden soll oder nicht. (Eine nette Kontrollstation!) Dann erklärt Herr Magney, daß aus dem Statut, das mit eingeschickt sei, man ersehen könnte, daß die Unternehmer in gewissen Fragen mit den Arbeitern unterhandeln wollten. (Über „Wohlfahrts-Einrichtungen“, Krankenkassen etc., aber nicht über den Arbeitsvertrag.)

Weiter heißt es in der Zuschrift, daß es sich nicht um einen Lohnkampf handelt, sondern darum, ob der Unternehmer im Betrieb zu bestimmen hat. Den Vogel schlägt aber Herr Magney ab, indem er anführt, „daß hier organisierte Arbeiter bis 12 Mk. täglich verdienen haben und daß viele Leute nur drei Tage in der Woche arbeiten und dennoch 80 bis 100 Mk. in vierzehn Tagen verdienen.“

Das ist dem doch die Höhe objektiver Berichterstattung! Wir geben zu, daß, wie überall, so auch hier „Klingelgäulen“, außergewöhnlich hohe Arbeitslöhne, vorhanden sind, aber wir scheuen es in die Welt hinaus, daß hundertfach in der schlechten Zeit Arbeiter mit 20, 25, 30 Mk. in vierzehn Tagen nach Hause gegangen sind. Wir stellen aber auch fest, daß Herr Fabrikant Fritz Magney mit Vorliebe intelligenten Arbeitern 3 Mk. Tagelohn zahlt, daß er aber eine Reihe Leute beschäftigt, die 2,25 und 2,50 Mk. verdienen!

Am Schlusse heißt es dann in Bezug auf die Frankfurter Zeitung:

„Wir glauben nicht, daß im Betrieb Ihrer Druckerei eine solche Maßnahme eingeführt ist, sollte dieses jedoch der Fall sein, so wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns Ihre Erfahrungen über diesen Punkt mitteilen wollten.“

Hochachtungsvoll!

H. A. eintrig Freisinniger: Fritz Magney.“

Die Frankfurter Zeitung erwidert dem freisinnigen Herrn auf die letzte Anspornung folgendes:

„Wir können nur nicht nochmals auf alle diese Punkte eingehen und bitten, unseren Artikel in Nr. 110 zu vergleichen. Auf

Arbeiter so viel verdienen lassen, daß er und seine Familie „gesundheitsgemäß“ leben könne. Ferner sollte man die hygienischen Forderungen in den Arbeitsstätten mehr beachten, insbesondere für gute und saubere Fabrikaborte u. s. w. sorgen, dann würde auch die Unzufriedenheit der Arbeiter beseitigt sein. Als diese Ausführungen beendet waren, riefen einige der Herren verwundert: „Nun höre einer den August vom nassen Strumpf!“ Der Vorsitzende Fritz Kriechtempor aber rief entrüstet, der nasse Strumpf solle doch bedenken, daß er sich nicht in einer karnevalistischen Sitzung befindet. August vom nassen Strumpf, so hieß der russisch aussehende Herr, entschuldigte sich, indem er ausführte, daß er als Gesundheitsapostel so habe sprechen müssen. Das Gesagte sei nur eine Theorie, womit er sich vor dem Volke ein humanes Ansehen verschaffen wollte, in der Praxis wende er diese Theorie niemals an, denn das ginge an den Geldbeutel.

Dann sah ich plötzlich einen Waggon chinesischer Kulis, welche August vom nassen Strumpf als Arbeitswillige engagiert hatte. Und dann kam das Schrecklichste und mit ihm das Ende meines Traumes: ich hörte eine gewaltige Dynamitexplosion und sah eine Fabrik in tausend Fetzen in die Luft fliegen. Der Traum hatte mich so aufgeregt, daß ich nicht mehr schlafen konnte und mich daher auf die Beine machte, um zu sehen, ob ich wirklich geträumt hatte. Und richtig, da stand die Fabrik noch, welche man mir als Natur-Unheilstätte bezeichnete. Auch die alles andere wie sauberen Aborte waren noch da. August hatte sich also mit der Dynamitbombe wie auch mit den Gesundheitslehren einen schlechten Ris gemacht. Träume sind eben Schäume! X. (Herlohn-Kampfbote.)

### Träume sind Schäume!

Von der Wahrheit dieses Sprichwortes bin ich wiederholt durch eigene Erfahrung überzeugt worden. Durch einen Traum, welchen ich in der letzten Nacht hatte, bin ich wieder um einen Beweis der Richtigkeit obigen Sprichwortes reicher. Da ich annehme, daß dieser Traum weitere Kreise interessieren dürfte, will ich denselben hiermit zum Besten geben.

Ich hatte den ganzen Tag rastlos nach „guten und treu geleiteten“ Arbeitern ohne Erfolg wie so oft gesucht und legte mich zur Ruhe. Nachdem ich noch den Sauser ausgekostet hatte: „Ich hab' sie gesucht mit der Laterne, aber gefunden hab' ich sie nicht!“ schlief ich ein. Ich mochte wohl zwei Stunden geschlafen haben, als mich ein furchtbar erhebendes Gefühl beschlich. Ich fühlte mich plötzlich vom ganz gewöhnlichen Arbeiter zum Fabrikanten emporgeloben. Der Bankier Simon hatte mir einen Kredit eingeräumt, Abnehmer meiner Fabrikate waren Kommissare, welche nirgends genügend billige Ware erhalten konnten. Meine Frau, meine Schwiegermutter, meine 7 und 9 Jahre alten Kinder und ein alter Javalde waren als „Arbeiter“ in meiner „Fabrik“ tätig. Trotz alledem gab es Stunden, wo ich starke Zweifel an meinem Ansehen als Fabrikant hatte. Ich war daher überglücklich, als ich eine Einladung mit folgender Adresse erhielt: An Herrn Fabrikant August Klingel, Hochwohlgeboren, hier! (S) Da hatte ich es doch schwarz auf weiß, für was ich gera gelten wollte. In der Einladung wurde ich höflich gebeten, an einer Arbeitgeberbesprechung teilzunehmen. Unterzeichnet war das Bittalar von einigen hochangesehenen Unternehmern. Man denke sich dieses unbeschreiblich erhebende

die persönliche Anpassung des Schlußabsatzes antworten wir: Nein, eine solche Maßnahme ist bei uns nicht eingeführt. Bei uns kommt aber auch nicht vor, was in Jherlohn den Anstoß zu der Arbeitslosigkeit gegeben hat — daß nämlich ein Arbeiter seiner gewerkschaftlichen Organisationsfähigkeit wegen entlassen würde. Geschäfte dies, so würden wohl seine Kollegen mit ihm sich solidarisch erklären und in Aufstand treten, und da hätten sie recht."

So ist den Herren durch die Frankfurter Zeitung ein Rosenkranz überreicht worden, wie sie ihn vielleicht nicht erwartet haben. Und wie steht es mit der Unterstützung der Arbeiter aus, die nicht organisiert, aber trotzdem mit ausgespart worden sind, die aber Unterstützung von den Fabrikanten erhalten sollten? Vor mir liegt ein Brief einer Arbeiterin (Witwe mit sieben Kindern), die der Streikleitung ihre Not klagt. Der Frau war auch, weil sie nicht organisiert war, großspurig Unterstützung von den Fabrikanten versprochen worden, sie hat aber bis heute nichts erhalten. Die Frau wurde von einem Fabrikanten zum anderen geschickt. Sie sollte auch auf einer Sägemühle arbeiten, was geschäftlich nicht erlaubt ist. Dann sollte sie am Schleißloch arbeiten und Streikarbeit machen, was die Frau aber ablehnte mit der Begründung, daß, wenn sie auch arm sei und Not leide, sie doch keine Streikarbeit machen würde. Wieder wurde der armen Frau Unterstützung versprochen, aber erhalten hat sie nichts, trotzdem sie am anderen Tage ihre Tochter hingeschickt hat, die versprochene Unterstützung zu holen. Das sieht den wahrheitsliebenden Unternehmern ähnlich! Erst versprechen sie Unterstützung und nachher hält man die armen Leute noch zum besten.

Wie anders haben sich da die Organisationen gezeigt. Die Unternehmer hatten ja erwartet, daß man die Ausgesparten nicht unterstützen könnte, doch haben sie sich in dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter Deutschlands schwer verrechnet. Wir sind auch sehr überzeugt, daß die Arbeiter Deutschlands angesichts der Vorkommnisse ihren Mann stellen werden.

Wir wollen den Unternehmern aber auch nachweisen, daß es nur schöne Worte gewesen sind, was sie und ihre Handlanger bis jetzt veröffentlicht haben. Am 30. April wurden uns von seiten einiger Fabrikanten, die nicht mehr mitmachen wollen, Einigungsverschlüsse unterbreitet, die sich mit den Vereinbarungen vom 28. März deckten, und jetzt wollen die betreffenden Unternehmer sogar auf den Arbeitsnachweis verzichten. Die Streikleitung erklärte sich bereit, diese Bedingungen zu akzeptieren und sollte man uns gegebenenfalls zu den Verhandlungen einladen.

Der Fabrikantenverein beschloß nun am 1. Mai, am Mittwoch den 6. Mai die Betriebe für die Nichtorganisierten und diejenigen Arbeiter, die aus den Organisationen austreten, zu öffnen. Nun, wo bleibt da die Anerkennung der Organisation, Herr Magney und Genossen? Auf einmal laßt ihr eure Mäzke fallen und die breite Öffentlichkeit kann sehen, was ihr beabsichtigt.

Kollegen und Kolleginnen Deutschlands, ihr seht, mit welchen Mitteln in Jherlohn gegen die Arbeiter gekämpft wird, kein Mittel ist den Unternehmern zu schlecht, um die Arbeiter machtlos zu machen, deshalb zieht eure Lehren aus dem Kampf. Die Organisation muß weiter ausgebaut werden, ohne Opfer können wir nichts erreichen. Bis jetzt sind die Arbeiter von uns unterstützt worden, während die Fabrikanten das, was sie den Nichtorganisierten an Unterstützung versprochen haben, nicht gehalten haben. Deshalb tue jeder seine Pflicht und Schuldbigkeit, es muß weiter gesammelt werden.

Im Auftrag der Ausgesparten sage ich den Arbeitern und Genossen für die bisherigen Unterstützungen den besten Dank. Weiteren Sendungen sehe ich entgegen.

Düsseldorf. R. Spiegel, Wetherstr. 8.

**Jherlohn, 2. Mai.** Der Fabrikantenverein beschloß in seiner gestrigen Sitzung, Unorganisierte und solche Arbeiter, die aus der Organisation austreten wollen, aufzunehmen, am Mittwoch den 6. d. Mts. die Arbeit wieder aufzunehmen. Über die Einstellung von Organisierten soll Beschluß gefaßt werden, wenn die Firma Schäfermeyer & Hens nicht mehr gehindert würde, ihren Betrieb aufzunehmen.

Daß die Firma Schäfermeyer & Hens an der Aufnahme des Betriebs gehindert wird, entspricht nicht den Tatsachen. Am 28. März war die Einigung erfolgt, daß die Firma 30 mit Namen benannte Arbeiter wieder einstellen. Auf die Einstellung eines weiteren Arbeiters, die später mit dem Fabrikanten vereinbart war, haben die Arbeiter verzichtet. Der Fabrikant Hens kann also seinen Betrieb öffnen, die Arbeiter verlangen nicht, daß mehr Arbeiter als die namhaft gemachten eingestellt werden.

Der Beschluß von gestern wurde veranlaßt durch das Vorgehen einiger Fabrikanten, die Frieden wollen mit den Arbeitern und zu diesem Zweck Einigungsgrundlagen entworfen hatten. Die in Frage kommenden Punkte waren: Anerkennung der Organisation seitens der Unternehmer, Schaffung eines Einigungsamtes, dem die Vorsitzenden und bezahlten Beamten der Organisation nicht angehören dürfen; bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sollte nur das Einigungsamt angerufen werden; die Beamten der Arbeiterorganisation sollten nicht das Recht haben, bei den Arbeitgeber vorstellig zu werden; die Fabrikanten sollten alle Arbeiter wieder einstellen, bei mangelnden Aufträgen sollte allgemein Arbeitszeitverkürzung eintreten; die Firma Schäfermeyer & Hens sollte dagegen selbst die Zahl der Arbeiter bestimmen, die sie einstellen wollte.

Diese Grundlagen, die geeignet gewesen wären zur Anbahnung von Friedensverhandlungen, fanden die Zustimmung mehrerer Fabrikanten und der Organisationsleiter.

Daß die Generalversammlung des Fabrikantenvereins nicht darauf einging, sondern den obigen Beschluß faßte, ist ein neuer Beweis dafür, daß Vernichtung der Arbeiterorganisation um jeden Preis die Parole der Unternehmer ist. Dem Vernehmen nach soll die Vertrauenskommission des Fabrikantenvereins noch einmal über die Einigungsvorschläge beraten und eine Generalversammlung am Freitag den 8. Mai weiteren Beschluß fassen. Würde die Aufhebung der Unorganisierten z. B. Erfolg haben (daß sie den nicht hat, ist sicher), so würden die Fabrikanten sich selbstverständlich auf Verhandlungen nicht einlassen.

Einige einsichtige Fabrikanten geben sich Mühe, die Sache beizulegen, einige sehen am Montag den 4. d. Mts. ihre Anlagen in Betrieb, unbekümmert um die Beschlässe des Fabrikantenvereins, eine kleinere Fabrik ist schon seit dem 27. April im Betrieb, nachdem der Inhaber die Organisation anerkannt und auf den Fabrikantenarbeitsnachweis verzichtet.

**Noch eine Absperrung!**

Auf der Schiffswerft, Maschinenbauanstalt und Trockendock von Tecklenburg, A.-G., in Bremerhaven wurde vor einigen Wochen der Arbeiterausschuß zusammenberufen und den Vertretern der Schiffszimmerer und Tischler erklärt, daß die Direktion beschloßen habe, bei diesen Branchen die Arbeit einzuführen. In einer darauf abgehaltenen Werkstattversammlung der Schiffszimmerer, um die es sich hauptsächlich handelt, wurde mit 113 gegen 6 Stimmen beschloßen, die Einführung der Arbeit abzulehnen. Mit diesem Resultat gab sich die Direktion zufrieden, bis der große Lloyd-Dampfer „Roos“ an dessen Fertigstellung Tag und Nacht geschuftet wurde, fertiggestellt war. Am 20. April wurde der Ausschuß wieder zusammenberufen und den Schiffszimmerern erklärt, daß die Arbeit unter allen Umständen eingeführt werde, die Werft wäre sonst der Konkurrenz der anderen Werke nicht mehr gewachsen. (Die Werft verteilte im verfloßenen Betriebsjahr „nur“ 10 Prozent Dividende.)

Wieder fanden darauf Verhandlungen statt, der Direktion wurde mitgeteilt, daß es den Arbeitern fern liege, durch Verweigerung der Arbeit Unfrieden zu stiften; es wurde als im beiderseitigen Interesse und eines möglichst dauernden Friedens liegend die Schaffung von Arbeitstagen als nötig bezeichnet.

In der am 28. April abgehaltenen Ausschußsitzung erfolgte die Antwort der Direktion dahingehend, daß sie auf das Verlangen nach Schaffung von Arbeitstagen unter keinen Umständen eingehen könne, sondern die Regelung der Arbeit beziehungsweise die Festsetzung des Preises dafür von Fall zu Fall erfolgen soll. Weiter verlangte sie, daß die am Freitag vorher in der Norddeutschen Volksstimme erklärte Zugzwangswarnung widerrufen werden solle, widrigenfalls am 30. April sämtlichen auf der Werft beschäftigten Arbeitern gekündigt und in 14 Tagen das Fabrikat geschlossen würde.

Die Kündigung an die circa 1600 Arbeiter der Werft ist inzwischen erfolgt. Über die Zahl der Verbandskollegen, die von dieser Absperrung betroffen werden, sind Erhebungen im Gange. Am 1. Mai ist auch ein Arbeitsnachweis der Unternehmer nach berühmtem Muster eröffnet worden, so daß für die Arbeiterschaft Fußangeln genug vorhanden sind. Der Zugzwang ist daher strengstens fernzuhalten!

**Christlich ist Crumft.**

In Nr. 9 des Der deutsche Metallarbeiter (Organ der Wiebischer Richtung) erlaubt man sich, unter Elberfeld und Bremen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eine auszuweichen. Diese Anpassungen will ich nicht unbeantwortet lassen. Meine Ausführungen in Elberfeld, daß außer den Kämpfen und Differenzen die gegnerischen Organisationen für mich nicht in Frage kämen, ist den Leuten mächtig in die Knochen gefahren. Oder denken die Herren vielleicht, daß wir auch in der Agitation als modern organisierte Arbeiter für sie propagieren sollten? Da die christlichen Gewerkschaften einmal da sind, muß man bei vorkommenden Differenzen mit den Leuten Rücksprache nehmen, da sie ja sonst sagen würden: „Wir sollen mitleiden, nun wollen wir auch mitleiden!“ und vielleicht sonst ihre Mitglieder in den betreffenden Betrieben arbeiten lassen würden. Man verweist dann auf den Kampf in Südschlesien, doch wissen die christlichen Brüder sicher nicht, aus welchen Gründen wir den Kampf beenden mußten. Hierüber soll ihnen Aufklärung gegeben werden. Vertreter des Christentums waren es, die mit der Bibel unter dem Arme die Frauen der streikenden Arbeiter und die Arbeiter besuchten und „nachwies“ durch Bibelsprüche, daß sie „im Unrecht“ seien. „Ihr Knechte sollt gehorchen euerem Herrn mit Furcht und Zittern“, und andere Sprüche mehr. Dann wollen wir auch eine Notiz des Herrn Pastor Modderohn aus Müllheim a. d. Ruhr aus den „Sabbathklangen“ hier veröffentlichen, dann seht ihr christliche Herren, daß hier das Christentum, auf dessen Grundlage ihr die Beschäftigten der arbeitenden Klasse heben wollt, bestrebt ist, die Kämpfe der Arbeiter unmöglich zu machen. Der Artikel in den „Sabbathklangen“ lautet:

„Darf ein Christ streiken? Darf er seine Arbeit ohne vorherige Kündigung niederlegen, um dadurch irgend einen Beschluß zu erzwingen? Nie und nimmer! Ich bin ganz mit Pastor Dammann einverstanden, bei dem ja auch angefragt war. Es beugt mich tief, daß Glieder eines Blaukreuzvereins sich dazu haben verleiten lassen. Darüber müßte der ganze Blaukreuzbund Besue tun, daß so etwas in unseren Reihen vorgekommen ist. Wo erlaubt uns denn die heilige Schrift, daß wir uns selbst helfen dürfen? Nicht einmal, wenn wir im Rechte sind, darf ein Christ mit Gewalt sich selbst zum Rechte verhelfen. Warum laßt ihr euch nicht lieber übervertellen?“ schreibt der Apostel. Aber wie es mir scheint — ich habe vielleicht nicht völlige Klarheit in der Sache —, ist hier die Firma vollkommen im Rechte. Wenn eine Firma nicht genügend Arbeit hat, wird es ihr nicht verdacht werden können, wenn sie ein paar Arbeiter entläßt. Das ist freilich traurig für die Betroffenen, aber das wird sich in der Zukunft mit ihren Schwankungen nie ganz vermeiden lassen. Nun will die Arbeiterschaft die Firma zwingen, die entlassenen fünf Arbeiter wieder anzustellen. Und als die Firma nicht darauf eingehen will, legen 150 Arbeiter ohne vorherige Kündigung die Arbeit nieder. Und alles Witten der Firma ist umsonst: sie verharren seit Ende Januar im Ausstand. Das ist, soweit ich sehe, der Tatbestand. Da kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der ganze Streik sehr unrecht ist, aber das traurigste dabei ist doch dies, daß Christen daran teilgenommen haben. Wenn sie sich durch das Vorgehen der Firma beschwert und verletzt fühlten, dann konnten sie ihr kündigen und sich anderswo Arbeit suchen. Aber dieses Verfahren ist Anwendung von Gewalt, und das steht einem Christen nicht zu. Wenn Herr lie. Mumm ganz allgemein gesagt hat, daß ein Christ streiken dürfe, so ist das Wort nicht aus dem Geiste der hl. Schrift heraus gesprochen. Wenn er das wirklich so allgemein gesagt hat, dann ist das wieder ein Beweis, wie gefährlich die Beschäftigung mit der Politik für einen Christen ist.

Ich bitte den Herrn, daß die Brüder vom blauen Kreuz ihr Unrecht einsehen und eingestehen möchten, ohne Rücksicht auf die streikenden Kollegen.

Ihr neun Brüder, ich wende mich an Euch selbst. Habt Ihr ein gutes Gewissen dabei, daß Ihr Euch mit Sozialdemokraten in einem Aufruhr gegen Eure Firma eingelassen habt, daß Ihr Euch von sozialdemokratischem Gelde ernähren laßt? Ihr habt kein gutes Gewissen dabei. Ihr könnt kein gutes Gewissen dabei haben. Habt Ihr wohl, ehe Ihr in den Ausstand eintratet, den Herrn gefragt: Herr, was willst du, daß ich tun soll? Das habt Ihr nicht getan! Ihr habt Euch bestimmen lassen von Stimmen, die da sagten: Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Nach dem Willen des Herrn habt Ihr nicht gefragt. Wir sollen Vämmer werden, dem Lammne Gottes gleich, und Ihr brüllt mit den Löwen! O, Ihr teuren Brüder! Die Passionszeit erinnert uns an das geduldige stille Leiden unseres Herrn — und Ihr? Ihr sagt: Wir wollen doch mal sehen, wer Recht behält. Euer Unrecht ist groß. Ihr sündigt gegen Euch selbst und Eure Familien, Ihr sündigt gegen die Firma, die Ihr in empfindlicher Weise schädigt. Wenn sie ihre Aufträge nicht ausführen kann, wenn sie ihre Kunden verliert, dann seid Ihr schuld daran! Und Ihr sündigt gegen den Herrn.

Aber Ihr fragt noch nach dem Rate gläubiger Brüder. O, so bitte ich Euch, fragt den Herrn selber! Der wird Euch sagen, was Ihr tun sollt. Und Er wird Euch vergeben, wenn Ihr Ihn bittet. Ihr Männer, lieben Brüder, sorgt dafür, daß Ihr Karfreitag und Ostern mit einem guten Gewissen feiern könnt!

In herzlichster Liebe Euer Bruder M.  
Dieser Herr Pastor spricht klar und deutlich aus, daß ein Christ sich noch nicht einmal helfen darf, selbst wenn er im Rechte ist! Haben vielleicht die Christlichen einmal einen Kampf geführt, der solche Opfer gefordert hat? Noch nicht ein einziges Mal! Und zum Samner der Herren kann ich auch verraten, daß durch den Kampf, wenn er auch durch Verrat und durch Kaufen von Streikenden ungünstig verlaufen ist, die dortige Organisation nicht geschwächt worden ist, im Gegenteil, trotz aller Angriffe der Unternehmensepresse hat die Arbeiterschaft anerkannt, daß hier unser Verband und auch die übrigen Arbeiter voll und ganz ihre Pflicht und Schuldbigkeit getan haben.

Die christlichen Brüder würden vielleicht ein Freundschaftsgeld angesetzt haben, wenn, nachdem die Arbeiter aus dem Betrieb hinausgegangen waren, wir einfach erklärt hätten: Nein, ihr Arbeiter, ihr müßt euch auf Gnade und Ungnade dem Unternehmertum wieder ausliefern. Nein, so christlich handeln wir nicht; wenn wir vor vollzogenen Tatsachen stehen, wird auch versucht, mit allen gesetzlichen Mitteln den Arbeitern beizuhelfen.

Die Christlichen haben wohl alle ihre Kämpfe gewonnen? Das eine Recht ist, daß wir auf jeden Kampf, den wir im hiesigen Bezirk geführt haben, mit Stolz zurückblicken können, und möge er gemeldet

haben wie er wolle. Ich will nur einmal an den Kampf bei Lange & Sohn erinnern, wie dort wieder hinter dem Rücken der Streikleitung eine einflußreiche Person (einen Barrer) zu der Firma schickte, die aber auch abgewiesen wurde. Ferner erinnere ich an Lachen, Stille Rote Erde, wo Herr Wieber aus gewissen Gründen nicht zu der Sitzung kam. Eine Versammlung der Christlichen hat es ihm ja auch deutlich zu erkennen gegeben. Wir hatten die Genehmigung zum Vorgehen und hätten sicherlich die Sache forcieren können. Ferner erinnere ich an den Streik bei Schwanemeyer in Lachen, wo die Mitglieder der gegnerischen Organisationen es rüchlos anerkennen, daß, wenn sich Kollege Jilless nicht der Sache angenommen hätte, sie schon längst verloren wären. So sind die wahren Verhältnisse; man könnte noch mehr anführen, doch will ich auf die Beschaffenheit der Leute näher eingehen.

Wahrscheinlich fielen die christlichen und Zentrumszeitungen über die freien Gewerkschaften her, als der Beschluß in den Zahlstellen unseres Verbandes im letzten Bezirk gefaßt wurde, bei eventuellen Streiks und Absperrungen nur auf Listen zu zeichnen, die den Stempel des Kartells tragen, weil, wenn es sich um den Geldbeutel handelte, bei den Christlichen von der unüberbrückbaren Kluft, die sie von den freien („sozialdemokratischen“) Gewerkschaften sonst trennt, nichts zu merken ist. Brechen Kämpfe aus, an denen die Leute nicht beteiligt sind, so kommen sie in die Versammlungen und erklären sich solidarisch. Er kostet ja nichts und ist billig wie Brombeeren. Wenn sie nur mit zwei Mitgliebern an einem Kampfe beteiligt sind, so fliegen die Sammellisten durch ganz Deutschland, ja, sogar wenn ein Mitglied gemafregelt ist. Ich erinnere an den Herrn Döring-Röhl. Was vor kurzem haben freie Gewerkschaftler in den Fabriken auf die Listen der christlichen Organisationen gezeichnet und dadurch hat speziell der Verband Wiebischer Richtung seine Rasse gefärbt. Doch sind die freien sozialdemokratischen Arbeiter nun bewußt geworden, daß eine unüberbrückbare Kluft uns trennt auch in der Portemonnaiefrage.

Dann hat der Artikelschreiber ganz vergessen, zu erwähnen, wo die Christlichen für uns die Kassen aus dem Feuer geholt haben. Vielleicht in Ehrenfeld bei Post? Kollege Schweiher hat da schon die Christlichen zurechtgewiesen; und wie ist es dem Herrn Döring gegangen, als er in Dulsburg das Geld für die Streikenden holte? Oder ist das „Kassianen aus dem Feuer holen“, wenn der Landrat Graf v. Spee und ein Bürgermeister im Kampfe stehende freie Gewerkschaftler aufordern, aus dem freien Verband auszutreten und eine christliche Organisation zu gründen, und Graf v. Spee sich zu diesem Zwecke als Referent anbietet?

Dann führt man auch einige Jahre an, was unser Verband an Streikunterstützung gezahlt hat. Nun will ich auch einige anführen. Es wurden gezahlt im Jahre 1896: 102 125,61 M.; 1897: 110 998,44 M.; 1898: 70 407,74 M.; 1899: 444 845,17 M. u. s. w. Wenn die Christlichen einmal derartige Summen zahlen sollen, wird's ihnen wohl schwindlich werden.

Nun einige Worte zu dem Artikel aus Bremen. Über die Vorgänge bin ich nicht unterrichtet und wird der Kollege Vorhöfer schon darauf antworten. Wenn man aber hervorhebt, daß die Versammlung durch die Polizei aufgelöst wurde, so erinnere ich die Brüder an die Versammlung der Christlichen in Köln, wo der Herr nur durch Abbrechen der Gasleitung die streikenden Brüder in Christo aus dem Lokal hinausbringen konnte. Dann erlaubt man sich noch die Dreifigkeit, den freien Gewerkschaften die Züchtereit der Streikbrecher anzuhängen. Nun erlaube ich mir einmal anzufragen, wer Streikbrecher aufnimmt? Wer hat die Streikbrecher in Lindenenthal aufgenommen, wovon einer sogar den traurigen Mut besaß, den streikenden Kollegen in hohnender Weise sein Butterbrot anzubieten, da sie doch Hunger hätten? Die Christlichen! Wer ging hinter dem Rücken der Arbeiter in Ehrenfeld dazu über, Mitglieder zu werben von den Ausständigen, nachdem wir, als der Kampf ausgebrochen war, konsequenterweise jeden, der sich bei uns zur Aufnahme meldete, zurückwies? Die Christlichen! Wo nur immer gemacht, meine Herren, damit man euch nicht auf die Finger klopf.

Nun lassen die „Freien“ die Christlichen „nicht in Ruhe“. Umgekehrt macht man diese Erfahrung! Im Siegerland, in Neheim u. s. w. erlebt man die schönsten Dinge, und wenn die Christlichen die Arbeit hätten wie wir, würde man die Wölfe in Schafsläbern schon zu hüten bekommen. Selbst Fabrikanten sagen ja: „Wir hätten nichts gegen die Organisation, wenn die Arbeiter sich christlich organisierten!“ Wir als freie Gewerkschaftler lassen die Arbeiter, die meinen, sich auf der gewissen Grundlage organisieren zu müssen, in Ruhe, weil wir wissen, daß die Verhältnisse die Arbeiter schon zur Einsicht bringen werden, wo die Interessen der Arbeiter in wirtschaftlicher Beziehung am besten vertreten werden. Die Entwicklung in Rheinland und Westfalen zeigt ja, welche Richtung am besten vorwärtsbringt, indem wir im letzten Bezirk schon bedeutend mehr Mitglieder haben als der ganze christliche Verband trotz seiner trampfhaften Agitation. Wir nehmen den Hund nicht voll, sondern sagen die Wahrheit, wenn sie auch verschiedenen Leuten unangenehm ist.

Düsseldorf.

R. S.

**Geschäftsbericht der Sächsisch-Chüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft pro 1901.**

Einem 48 Seiten starken, verhältnismäßig sorgfältig zusammengestellten Bericht legt uns diese Berufsgenossenschaft vor, welchem sogar ein Register voransteht, damit sich die „Herren Mitglieder“ (lies Unternehmer) besser orientieren können. Ja, das Studium der Geschäftsberichte unserer Berufsgenossenschaften ist ein langweiliges Ding. Wie viele Berichte werden von den Unternehmern überhaupt gelesen?

Am 31. Dezember 1901 gehörten dem Kataster der Sächsisch-Chüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft 4325 Betriebe an. In diesen Betrieben waren 113808 Personen durchschnittlich im Geschäftsjahr beschäftigt, außerdem 63 Unternehmer beschäftigt. Stellt man diese Zahlen in Vergleich mit den für die früheren Jahre ermittelten, so gewinnt man folgende Übersicht:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der versicherten Personen		
		Unternehmer	Beamte u. Arbeiter	Zusammen
1886	1482	22	49 958	49 960
1889	3019	64	66 976	66 976
1891	3312	65	69 397	69 462
1893	3395	61	75 111	75 172
1895	3582	60	84 225	84 285
1897	3734	59	102 971	103 050
1899	4087	63	117 016	117 079
1900	4257	60	123 908	123 968
1901	4325	63	118 808	118 871

Diese Zahlen beweisen uns, daß die Zahl der Betriebe und beschäftigten Personen innerhalb der letzten fünfzehn Jahre sich verdreifacht haben, sie zeigen uns den ungeheuren Aufschwung der Eisenindustrie in dieser knappen Spanne Zeit. Bis zum Jahre 1900 ein gewaltiges Steigen der Zahlen, während im Jahre 1901 die verheerende Krise einsetzte, die Zahl der versicherten Personen um circa 10600 reduzierte.

Welch ungeheure Zahl! Welche Masse arbeitsloser Metallarbeiter, die im Zeitraum eines Jahres keine „Brotgerne“ mehr fanden! Der Bericht hat für diese erschreckenden Zahlen keine Worte. Wichtiger ist für die Verwaltung der Berufsgenossenschaft gemein, daß die Zahl der Betriebe etwas gestiegen ist. Der Bericht erzählt uns, daß im Geschäftsjahr 1897 Betriebe mit 1096 beschäftigten Personen neu angemeldet, während 129 Betriebe mit 559 Personen gelöscht wurden. Es handelte sich dabei um Kleinbetriebe, wie die Zahl der beschäftigten Personen ergibt. 26 Betriebe wurden insolge Konkurs gelöscht. Auch ein Zeichen der Zeit!

Die im Geschäftsjahr versicherten Personen haben einen Gesamtlohn von 111 761 644,19 M. Die früheren Jahre weisen folgende Zahlen auf:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der versicherten Personen, Gesamtbetrag der ausrechenfähigen Rente, Durchschnittsjahreslohn auf den Kopf der versicherten Person. Data for years 1888-1901.

Die Rente sind also gegen das Jahr 1900 um mehr als zehn Millionen Mark zurückgegangen. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters ist um einige Mark gegen das Vorjahr gesunken...

Im Berichtsjahr wurden der Berufsgenossenschaft insgesamt 7688 Unfälle gemeldet. Davon wurden nach dem Bericht nur 1245 Unfälle entschädigt, so daß also 6443 Unfälle gar nicht entschädigt wurden...

Im Berichtsjahr 1901 waren 964 Verurteilungen bei den Schiedsgerichten für Arbeiterverletzung anhängig. Davon wurden durch Urteil erledigt 788 Fälle und zwar 472 durch Abweisung der Berufung...

Die Berufsgenossenschaft ist immer in besserer Position als die Verletzten. Sie kann nicht allein jederzeit „günstige“ Gutachten von ihren Ärzten erhalten...

Der Bericht gibt uns nur von 1506 Unfällen die ermittelten Gegenstände und Vorgänge bekannt, bei welchen sich die Unfälle ereignet haben. Danach ereigneten sich an Motoren, Transmissionsmaschinen...

Nach Alter und Geschlecht geteilt waren 1354 Verletzte erwachsene männlichen und 25 erwachsene weiblichen Geschlechts, ferner 127 Jugendliche (unter 16 Jahren) männlichen Geschlechts...

Die Ausgaben der Berufsgenossenschaft betragen für Heilverfahren 31164,78 Mk., für Renten an Verletzte 803702,40 Mk., Betriebskosten 3676,25 Mk., Renten an Witwen 42269,69 Mk., Abfindung von Witwen im Falle der Wiederverheiratung 4180,90 Mk., Renten an Kinder 50357,16 Mk., Renten an Angehörigen 1060,80 Mk., Kur- und Pflegekosten 47916,86 Mk., Abfindungen an Verletzte (Zulagen) 9676,40 Mk. (33 Fälle), Abfindungen an Ausländer 785,90 Mk. (3 Fälle).

Die Herren Betriebsärzte erhielten für ihre „Gutachten“ 58080,42 Mk. im Berichtsjahr ausbezahlt. Dafür kann man schon etwas leisten! An Betriebsärzten an Verletzte, die man zu den Vertrauensärzten in Krankenhäusern, Hospitälern „geladen“ hatte, zahlte die Berufsgenossenschaft in dem einen Jahre 10553,99 Mk.

Der Vorstand erhielt für seine Abrechnung 6885,50 Mk. ausbezahlt. Man kann also nicht alles im „Sprengamt“ machen, dazu sind wir Arbeiter da!

Table with 4 columns: Beruf, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten, Zahl der Verletzten. Lists various professions like Schmied, Schlosser, etc.

Der Berichtsjahr schließt schließlich seine Geschichte nach in lauterster Weise, wie einzelne Unfälle sich ereignet hatten. Die Unfallverhütungsgesellschaften. Nach der Besondere Unfallversicherung...

Arbeiter mit Schutzbrille steht. Die meisten Leute verrichten die für ihre Augen notorisch gefährlichen Arbeiten ohne einen Schutz für dieselben. Warum? Der Beamte hätte nur die Arbeiter fragen sollen. Er hätte dann auch eine Lösung des Rätsels gefunden...

Seine Kollege Krieger kommt der Wahrheit näher, denn er schreibt in seinem Bericht: „Mehrfach waren auch Schutzbrillen über Schmirgelschleifmaschinen anzuordnen. In einer größeren Anzahl Betriebe fehlten die den Arbeitern für den Bedarfsfall zur Verfügung zu stellenden Schutzbrillen.“

Insolge der 1860 erlassenen Revisionsberichte der Beamten mußte der Vorstand der Berufsgenossenschaft 877 Verfügungen über Anbringung von Schutzvorrichtungen an die Unternehmer erlassen. Ob sie alle befolgt werden? Es betraf dies nach dem Bericht: Verfügungen über Schutzvorrichtungen an Bohrmaschinen...

Statistische Erhebungen über die Krankenversicherung der Dresdener Verbandsmitglieder.

Zur Beurteilung der Frage, ob die Einführung der Krankenunterstützung im Verband nötig und zweckmäßig ist, trägt es wesentlich bei, wenn man weiß, wie unsere Verbandsmitglieder gegen Krankheit versichert sind.

Table with 4 columns: nicht versichert, in einer Kasse, in zwei Kassen, in drei Kassen. Shows 66 members in various categories.

Diese Zahlen setzen sich zusammen aus: nicht versichert in einer Kasse in zwei Kassen in drei Kassen. Shows 38, 126, 146, 10.

Aus vorstehenden Zahlen ergibt sich, daß zur Zeit der Aufnahme dieser Statistik 66 Mitglieder oder 2,1 Prozent gar nicht und 1895 Mitglieder oder 60,4 Prozent völlig ungenügend versichert waren.

Table with 5 columns: Wie versichert?, Ortstasse, Betriebsstasse, Metallarbeiter-Krankenkasse, sonstige freie Hilfskassen. Shows 1250, 591, 14, 40.

Es können demnach 591 oder 18,96 Prozent in Betriebsklassen versicherte Verbandsmitglieder über kurz oder lang in die oben genannte unangenehme Lage kommen. Für diese sowie für alle nur in einer Kasse versicherten Verbandsmitglieder ist die Einführung der Krankenunterstützung im Verband entschieden von Vorteil.

Gegenüber dem nicht oder nur in einer Kasse versicherten Verbandsmitgliedern stehen 1012 oder 32,27 Prozent in zwei und 164 oder 5,23 Prozent in drei Kassen versicherte Verbandsmitglieder, die wenig oder gar keinen Nutzen von der Einführung der Krankenunterstützung haben, da für sie der Zustand der Überversicherung eintreten wird und sie dann mit der Zwangskasse in Konflikt geraten.

Das heute schon sehr hohe Beiträge für Krankenversicherung von diesen Mitgliedern geleistet werden müssen, beweisen nachstehende Zahlen. Es zahlen an Beitrag für Krankenversicherung pro Woche:

Table with 4 columns: bis 20 Fig., 21 bis 30 Fig., 31 bis 40 Fig., 41 bis 50 Fig., 51 bis 60 Fig., 61 bis 70 Fig., 71 bis 80 Fig., 81 bis 90 Fig., 91 bis 100 Fig. Shows member counts for different contribution levels.

Daraus ergibt sich, daß jetzt schon von den in Betracht kommenden Mitgliedern 656 oder 20,9 Prozent einen Krankentagebeitrag von 51 Fig. bis über 100 Fig. pro Woche zu leisten haben. Rechnen man hinzu, was sie an Alters- und Invaliditäts-Verbandsbeiträgen und eventuell für die politische Organisation aufzubringen haben...

Table with 4 columns: bis 5.-, 5.- bis 10.-, 10.- bis 15.-, 15.- bis 20.-, 20.- bis 25.-, 25.- bis 30.-, 30.- bis 35.-, 35.- bis 40.-, 40.- bis 45.-, 45.- bis 50.-, 50.- bis 55.-, 55.- bis 60.-, 60.- bis 65.-, 65.- bis 70.-, 70.- bis 75.-, 75.- bis 80.-, 80.- bis 85.-, 85.- bis 90.-, 90.- bis 95.-, 95.- bis 100.-. Shows member counts for different contribution levels.

Demnach bekommen 984 oder 31,37 Prozent der betreffenden Mitglieder im Krankheitsfalle eine Unterstützung von 20 bis über 25 Mk. pro Woche, die von den meisten als ausreichend angesehen wird. Daß letztere Annahme richtig ist, beweist die Abstimmung...

Table with 7 columns: Wie gestimmt?, Nicht versichert, In einer Kasse, In zwei Kassen, In drei Kassen, Gesamtzahl. Shows 27, 10, 6, 47, 7, 1, 89, 1445.

Diese Mitglieder haben unter „Sonstige Bemerkungen“ für ihr ja Bedingungen gestellt, welche dieses ja in ein nein verwandeln, so findet man z. B. sehr häufig wiederkehrend: „Wenn die Metallarbeiter-Krankenkasse mit dem Verband verschmolzen wird“ oder „Wenn der Verband mit dieser Kasse eine freie Hilfskasse“ u. s. w.

Diese Abstimmung zeigt mit genügender Deutlichkeit die Interessengegenstände der Verbandsmitglieder in dieser Frage; während bei den nur in einer Kasse versicherten Mitgliedern die große Majorität und zwar 1104 (gegen 648) mit ja stimmten, tritt bei den in zwei und drei Kassen versicherten das gerade Gegenteil, aber in noch verstärkter Weise in die Erscheinung; von diesen stimmten mit ja 298, hingegen mit nein 759.

Es muß daher mehr als bedenklich erscheinen, diese Mitglieder gegen ihren Willen und ihr Interesse mit der Krankenunterstützung zu „beglücken“. Die guten Erfahrungen, die man gewiss mit der Arbeitslosenunterstützung gemacht hat, wird man nicht so ohne weiteres von der Einführung der Krankenunterstützung erwarten dürfen. Gegen Arbeitslosigkeit war vor Einführung dieses Unterstützungszweiges in den Verband kein Mitglied versichert, alle hatten also ein gleiches Interesse daran, da keiner mußte, ob er nicht über kurz oder lang arbeitslos werden und somit von der Unterstützung Gebrauch machen würde.

Zum Schluß muß ich noch bemerken, daß aus dieser Statistik hervorgeht, daß die Zahl der in der Metallarbeiter-Krankenkasse versicherten Verbandsmitglieder nicht so groß zu sein scheint, wie man bis jetzt immer angenommen hat. In vorliegenden Falle betrug die Zahl 517 oder 16,5 Prozent und es ist anzunehmen, daß insgesamt durchschnittlich das gleiche Verhältnis vorhanden sein wird. Hingegen waren in anderen freien Hilfsklassen versichert 880 Mitglieder oder 28,05 Prozent. Die meisten dieser Klassen sind ebenfalls als sehr leistungsfähig zu bezeichnen.

Aus den einzelnen Branchen.

Zur Lage der Feilenhauer in Nürnberg.

Über die Lage der Nürnberger Feilenarbeiter liegen schon einige Arbeiten vor und zwar die erste aus dem Jahre 1897, die zweite aus dem Jahre 1899 und die vorliegende Arbeit aus dem Jahre 1902. Die erste Erhebung wurde nicht speziell für die in der Feilenindustrie beschäftigten Arbeiter aufgenommen. Die Angaben, die aus dem Jahre 1897 vorhanden sind, beziehen sich nur auf Zivilstand, Arbeitszeit und Lohnverhältnisse der Feilenhauer.

Die folgende Arbeit wurde im Jahre 1902 durch das Arbeitersekretariat Nürnberg aufgenommen und im Jahresbericht desselben veröffentlicht. Bevor wir jedoch zu der neuesten Erhebung übergehen, wollen wir einige Vergleiche mit den Resultaten der früheren und der jetzigen Erhebung anstellen. Trotz der kurzen Zeit, die zwischen der ersten und zweiten Erhebung liegt, haben sich die Verhältnisse der Feilenarbeiter in Nürnberg sehr zu ihren Gunsten verschoben. An der ersten Erhebung beteiligten sich 17 Arbeiter, an der zweiten 29 und an der dritten 33 Arbeiter. Im Jahre 1897 war der höchste Lohn, den ledige Arbeiter erhielten, 20,50 Mk., der Durchschnittslohn 19 Mk.; der niedrigste Lohn für ledige Arbeiter ist aus der damaligen Zusammenstellung leider nicht zu ersehen. Der niedrigste Lohn für Verheiratete betrug 19 Mk., der höchste 24 Mk. und der Durchschnittslohn 23 Mk.

Die im Jahre 1897 ermittelte Arbeitszeit war im allgemeinen die 60 stündige, zwei Werktagen wichen von dieser ab; in einer Werkstätte wurde 66 und in der anderen 66 Stunden gearbeitet. Weitere Aufzeichnungen aus dem Jahre 1897 liegen nicht vor, weil schon, wie oben bemerkt, die Erhebung eine allgemeine war und daher die Verhältnisse für die einzelnen Berufe nicht gesondert angeführt wurden. Die Ergebnisse der Erhebung vom Jahre 1899 lassen deutliche Fortschritte erkennen. Dies trifft sowohl auf die Lohn- als auch auf die Arbeitszeitverhältnisse zu. Der niedrigste Lohn für ledige Arbeiter im Jahre 1899 12,30 Mk., der höchste 25,90 und der Durchschnittslohn 21,29 Mk. Die Steigerung der Löhne bei den ledigen Arbeitern beträgt beim Höchstlohn 4,80 Mk. und beim Durchschnittslohn 2,29 Mk. Noch günstiger gestaltet sich das Lohnverhältnis bei Verheirateten. Die Ergebnisse der Erhebung vom Jahre 1899 lassen deutliche Fortschritte erkennen. Dies trifft sowohl auf die Lohn- als auch auf die Arbeitszeitverhältnisse zu. Der niedrigste Lohn für ledige Arbeiter im Jahre 1899 12,30 Mk., der höchste 25,90 und der Durchschnittslohn 21,29 Mk. Die Steigerung der Löhne bei den ledigen Arbeitern beträgt beim Höchstlohn 4,80 Mk. und beim Durchschnittslohn 2,29 Mk. Noch günstiger gestaltet sich das Lohnverhältnis bei Verheirateten. Die Ergebnisse der Erhebung vom Jahre 1899 lassen deutliche Fortschritte erkennen. Dies trifft sowohl auf die Lohn- als auch auf die Arbeitszeitverhältnisse zu. Der niedrigste Lohn für ledige Arbeiter im Jahre 1899 12,30 Mk., der höchste 25,90 und der Durchschnittslohn 21,29 Mk. Die Steigerung der Löhne bei den ledigen Arbeitern beträgt beim Höchstlohn 4,80 Mk. und beim Durchschnittslohn 2,29 Mk. Noch günstiger gestaltet sich das Lohnverhältnis bei Verheirateten.



die sich weiterten, bei dem letzten großen stürmischen Schneewetter im Freien zu arbeiten, kamen bei dem Chef schön an, denn dieser nannte sie: „Faulenzer, Lumpen, Spitzbuben, Bagabunden“ u. s. w. Zur Rube wollte er sie nachschmeißen; er erlaubte sich sogar, einem dort Ausgehenden Ohrspeigen anzubieten. Die Arbeiter erhielten sofort ihre Entlassung. Zwei von ihnen haben bei der Firma gelernt; warum sind diese denn nicht schon während ihrer Lehrzeit fortgesetzt worden, wenn sie solche Eigenschaften haben wie der Chef in seinen Entlassungen sagt? Oder waren sie während ihrer Lehrzeit tüchtige Kexle, weil sie dem Unternehmer in die Taschen gearbeitet haben? Daß dies der Fall ist, wird bewiesen dadurch, daß die Lehrlinge im zweiten Lehrjahr zum Zuschlagen kommen und dabei bleiben bis zum Ende ihrer Lehrzeit. Dann sind sie gezwungen, wegen ihrer geringen Fachkenntnisse dort in Arbeit zu bleiben, bei dem horrenden Lohn von 18 Pf. pro Stunde. Wie sich dieses mit dem Passus in der Arbeitsordnung vereinbaren läßt, daß der Arbeiterauschluß mit beitragen soll, die Lehrlinge zu tüchtigen, ehrenhaften und ordnungsliebenden Mitarbeitern heranzubilden, ist schwer zu verstehen. Auch nimmt die Firma das Recht für sich in Anspruch, dem Arbeiterauschluß, der aus 5 Personen besteht, 2 von Seiten der Fabrikleitung beizugehen, so daß die Arbeiter nur 3 Mann aus ihrer Mitte zu wählen haben. Laut Arbeitsordnung wird bei fehlendem Werkzeuge der Betrag dafür vom Lohne gekürzt; auch wird für längere Arbeitszeit keine Vergütung gezahlt. Allen diesen Umständen kann bloß abgeholfen werden, wenn die Arbeiter zusammenhalten und sich Mann für Mann dem Metallarbeiter-Verband anschließen.

**Schicht a. M.** In der Versammlung am 2. Mai kam u. a. der Vorschlag des Vorstandes auf Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 30 Pf. während der Iferlohn-Aussperrung zur Sprache. Es wurde einstimmig beschlossen, am 8. Mai den ersten Extrabeitrag zu erheben. (Siehe Vorstandsbekanntmachung. Red.)

**Adnigshütte.** Ein Bravourstückchen erster Güte vollbrachte am 1. Mai der Werkmeister Müller von der hiesigen Brückenbauanstalt. Es kamen von den Leuten, die an der Wassertrummontage beschäftigt sind, 8 Mann in die Fabrik, um Material zu holen. Als sie zu dem Meister kamen, fuhr er sie in polnischer Sprache an: „Was wollt ihr denn hier, ihr seid ja alle besoffen!“ worauf ein Arbeiter ebenfalls polnisch erwiderte: „Noch nicht gewesen!“ Darauf erfasste der Herr Werkmeister den ihm am nächsten stehenden Arbeiter und warf ihn die Treppe hinab. Der Werkmeister ist ein halber Riese, es kommt ihm an Größe und Körperkraft nicht bald einer gleich. Er ist Mitglied des Hirsch-Dumderschen Gewerkschafts. Auf den betreffenden Arbeiter scheint er es deshalb abgesehen zu haben, weil er von ihm weiß, daß er seit ungefähr 4 Monaten ein tätiges Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes ist, was ihm durch Zufall verraten wurde. Auch Schreiber dieser Zeilen ist in eine unangenehme Situation geraten, da es verraten wurde, daß er der Organisator der ganzen Kollegenchaft war. Im übrigen herrschen hier noch dieselben traurigen Verhältnisse wie früher, so daß der größte Teil der organisierten Kollegen es vorzog, diese Musterbude zu verlassen.

**Magdeburg.** In der am 19. April im Luisenpark stattgefundenen Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gab der Geschäftsführer Brandes den Geschäfts- und Kassenbericht für das erste Quartal 1903. Der gedruckte Kassenbericht ist jedem Mitglied zugestellt worden. Bei der großen Zahl von Neuzugängen — 791 — sei zu bemerken, daß davon 300 auf Magdeburg entfallen, die übrigen nach Tangerhütte gehörend, wo die Kollegen in Ermangelung eines geeigneten Lokals und der notwendigen Schulung noch nicht im Stande seien, die Arbeiten einer solchen großen Verwaltungsstelle selbstständig zu führen. Er hoffe jedoch, daß dieses bald der Fall sein werde und dann müßten diese rund 600 Mitglieder, zu denen noch circa 160 in Mathemau, Brandenburg, Berlin und Stuttgart als Einzelmitglieder angemeldete Kollegen kommen, von uns nach dort überwiesen werden. Er hoffe jedoch, daß in dem Quartal, wo dieses geschehen würde, in Magdeburg so viel Aufnahmen gemacht würden, daß der Abgang ausgeglichen werde. Die Mitgliederzahl, welche am 1. Januar 1903 2859 betrug, sei jetzt auf 3566 gestiegen. Ein erfreuliches Resultat. Ähnlich sei auch der Kassenbericht. Der Einnahme aus 33181 Böchleinbeiträgen à 30 Pf. = 9954,30 Mk. stehe eine Ausgabe gegenüber von 4878,50 Mk. für Arbeitslose, 346 Mk. für Reisende, 1428,35 Mk. für Gemeindegelde und 1222,15 Mk. für Streikende; zusammen sind also 7895 Mk. an Unterzügen gezahlt. Werden die der Ortsverwaltung zugehenden 20 Prozent der Einnahmen mit in Anrechnung gebracht, das sind 1990,86 Mk., die wieder zum großen Teile als Zuschuß zu den Unterzügen verwendet wurden, dann bleibt nur ein geringer Betrag von 68,44 Mk. für die Hauptkasse übrig. Dem großen Kampffonds sei also von Magdeburg nichts zugewendet worden, ein Beweis, daß gerade wir Magdeburger, so schwer es dem einzelnen auch werde, doch einer Erhöhung der Verbandsbeiträge nicht abgeneigt sein dürften. Die Kassenlage sieht günstiger ab; der Kassenbestand sei von 579,32 auf 1010,67 Mk. gestiegen, trotzdem auch hier in der Ausgabe bemerkenswerte Summen sind, so Zuschuß an Kranke 691,50 Mk., an Streikende 174,55 Mk., an Gemeindegelde 137,70 Mk., ferner für das Gemeindefest 285,90 Mk., für Bibliothekszwecke 25,77 Mk., für Karten- und Zeitungsvertrieb 738,91 Mk. u. s. w. Eine große Zahl von Versammlungen waren durchweg gut, zur Teile sehr gut besucht, desgleichen zeugen die Sitzungen von dem regen Leben in der Verwaltungsstelle. Die Korrespondenz sei höher als in einem vorhergehenden Quartal gewesen. Dementsprechend habe die Bewegung auch Opfer erfordert, für welche die Organisation eingetreten sei. — Auch Lohnbewegungen mit gutem Resultat sind zu verzeichnen. Die Drahtweber der Firma Klöckly schafften sich ohne Streit, die Stahlhauer bei Otto Gerson durch einen achtstündigen Streik bessere Arbeitsbedingungen. Zu bemerken sei bei letzterem, daß sich in der kurzen Zeit für 85 streikende Arbeiter 94 Streikbrecher gefunden hätten, die allerdings mit wenigen Ausnahmen ihren Lohn ohne entsprechende Leistung bekommen haben. In Schönheide sei der Formnerstreik, an welchem eine Anzahl Magdeburger Kollegen beteiligt waren, verloren gegangen, weil auch hier eine große Anzahl Streikbrecher dem Kapital Schlepperdienste leisteten. Doch auch von anderswärts kommt die Nachricht, daß, wenn irgendwo ein Streik ausgebrochen sei, von Magdeburg aus die Streikbrecher anzudecken. Das sei eine Schande für uns und muß daher gestoppt werden, daß auch hier Wandel eintritt. Vor allem hätten die Kollegen die Verpflichtung, solche Verbreiter an der Arbeitsschneise auf Jahre hinaus ohne jede Beachtung zu lassen. Die Verwaltung müsse für geeignete Bekannmachung derartiger Personen sorgen. Auf viele Jahre hinaus dürften dieselben nicht in die Organisation aufgenommen werden, die mit jedem Quartal ein festerer Rückhalt für jeden Kollegen werde. Ziel zu walde seien die Magdeburger Kollegen über solche Schanden hinweggegangen, so daß wir uns heute in ganz Deutschland einen traurigen Namen erworben hätten. Das muß anders werden. (Großer Beifall.) Beim Ausbruch von Lohnbewegungen sei unter allen Umständen vorher die Ortsverwaltung zu beauftragten, damit diese in geeigneter Weise Vorbereitungen treffen könne. Auch werde in Zukunft streng darauf gehalten, daß nur organisierte Kollegen unterzogen würden. Es sei genügend agitiert; man habe nicht organisiert, habe auch bei Lohnbewegungen die Folgen zu tragen. Es sei ferner zu wünschen, daß in absehbarer Zeit auch in der Metallindustrie tarifliche Vereinbarungen zu Stande kämen. Die Feinungsbranche gehe wie in ganz Deutschland so auch hier damit vor. Auch die Formner seien dabei, Unterzügen zu leisten. Andere müßten folgen. Dazu gehört aber ein noch höheres Vertrauensverhältnis, als wir es heute haben. Zum Schluß bemerke er, daß die Arbeit in den letzten dreizehn Tagen nur im allein hätte kann beschäftigt werden können. Nachdem nun auch eine Erhebung aller Arbeiter eingetreten sei, bitte er um Wiedereröffnung des zweiten Beirats. Dann würden die nächsten Geschäftsberichte hauptsächlich nach größeren Fortschritten aufzuweisen haben. Die Versammlung erwiderte sich mit der kürzesten Behandlung der Tagesordnung, und der Sitzungsausschuß bei Abschieden einverstanden, daß die hiesige Verwaltungsstelle die Bekannmachung eines neuen Geschäftsplans. Der Vorstand ist die Stellung auszuweisen. Gegenüber hat sich Beobachtungen und schlägt die

Vertrauensmännerkonferenz, welche hierzu Stellung genommen hat, den langjährigen Vorständen des Verbandes, Kollegen Schänke, vor. Nach kurzer Diskussion wird letzterer gegen vier Stimmen gewählt. Den Antrittstag soll die Ortsverwaltung bestimmen. Hierauf wird die Maßfeier behandelt und dabei von Kollege Schänke auf die Nürnberg-Beschlüsse verwiesen. Die Versammlung einigte sich über die zu verfolgende Taktik. — Der Bezirk Subenbourg beantragt den Ausschluß Ahrens aus dem Verband. Da derselbe selbst ausgetreten ist, wird die Vertrauensmännerkonferenz mit der Beschaffung der Frage und Berichterstattung an die nächste Generalversammlung betraut. — Unter „Verschiedenes“ wird von mehreren Kollegen aus der Mitte der Versammlung beantragt, das Gehalt des Kollegen Brandes in Anbetracht seiner Tätigkeit entsprechend zu erhöhen. Die Ortsverwaltung wünscht, daß auch diese Frage in der nächsten Generalversammlung behandelt werde. Dem wird zugestimmt.

**Mühlheim a. Rh.** Die Arbeiter der Gasmotorenfabrik Deutz beschickten sich in einer von circa 700 Personen besuchten Versammlung mit verschiedenen Mißständen im Betrieb. Kollege Spiegel hatte das einleitende Referat übernommen. Redner besprach an der Hand des reichlich vorliegenden Materials die Zustände des Betriebes. Solche Zustände, wie bei dieser weltberühmten Firma seien ihm noch nicht zu Ohren gekommen, besonders die Drangsalierungen und Mißhandlungen seitens der Meister seien unerhört. Nur einzelne Fälle von Abzügen wollen wir veröffentlichen, wollten wir alles bringen, so würden die Spalten dieser Nummer nicht ausreichen. Für Droßelkappen gab es früher 4,50 Mk., jetzt 3,25 Mk. Für einen Regulator gab man früher 7,50 Mk., der Werkführer, dessen Verhalten und Ausdrucksweise an einen Viehtreiber erinnert, setzte den Preis auf 1 Mk. fest. Der Meister Schuhmacher 1 gab, wahrscheinlich um sein gutes Herz zu zeigen, 2,50 Mk. Auf einen Motor von 85 HP gab es 92,50 Mk. Abzug; für E-Motoren gab es anfangs 100 Mk. und für Nebenarbeiten 19,50 Mk., jetzt gibt es noch 80 Mk., für Nebenarbeiten wird nichts bezahlt, macht einen Abzug von 89,50 Mk. In der Dreherei sieht es nicht besser aus; hier hat ein Dreher in 186 Stunden sage und schreibe 15 Mark verdient, zwei andere Arbeiter zusammen 15 Mk. in einer Woche, mit Ach und Krach gab ihnen der Meister 23 Mk. Diese Fälle beweisen, daß die Meister selber keine Ahnung von der Arbeit haben, sonst müßten sie sich schämen, den Arbeitern solche Preise zu setzen. Meister Krüger setzte den Preis für das Drehen eines Kolbens von 6,80 Mk. auf 3,70 Mk. herab. In der Gießerei ist es nicht besser. Waschvorrichtungen sind keine vorhanden. Auch sind viel zu wenig Kranen vorhanden, deshalb müssen die Former fundenlang warten bis ein Kran frei wird; später geht es dann Hals über Kopf, damit die verlorene Zeit eingebracht wird. Daher vergeht auch kein Tag, wo nicht ein Unfall passiert. Wegen dieses Überstandes herrscht zwischen den Arbeitern viel Zorn und Streit, zur Freude der Meister, welche die Leute noch mehr gegen einander heizen. Auch für die Gesundheitspolizei ist dort ein dankbares Feld; die Worte sind in einem Zustand, daß man Wasserstiefel brauchen könnte, wenn man seine Notdurft verrichten will, von den Sägen gar nicht zu reden. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. April im Lokal des Herrn Höller tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter der Gasmotorenfabrik Deutz protestiert ganz entschieden gegen die in dem Betrieb herrschenden Mißstände und Mißhandlungen und verspricht, um hiergegen Front zu machen, sich samt und sonders den bestehenden Organisationen anzuschließen.“

**Schmidberg i. Erzgeb.** Die Zustände in der hiesigen Maschinenfabrik und Eisengießerei, Filiale von Gebr. Selt in Dresden, sind unerträglich. Schlosser, Former, Dreher sowie Hilfsarbeiter werden von überall her herangelockt und wenn sie da sind, wird ihnen ein Lohn von 20 bis 30 Pf. pro Stunde angeboten. 35 Pf. ist schon ein hoher Lohn. Nun werden in der letzten Zeit Mißhandlungen gemacht, bei denen nicht einmal der Lohn verdient wird. Die Arbeiter erhalten die Arbeiter sehr oft erst, wenn die Arbeit fertig ist. In der Arbeitsordnung ist die zehnstündige Arbeitszeit festgelegt. Diese wird aber in Wirklichkeit nur in der ganz schlechten Zeit eingehalten. Dagegen wehrten sich die Arbeiter in der letzten Zeit mit Recht. Nun begann das Entlassen derselben. Bei jeder Gelegenheit heißt es: „Wenn es nicht paßt, kann gehen.“ In dem Betrieb ist keine Wascheinrichtung vorhanden, auch sonst läßt die Fabrik in hygienischer Beziehung viel zu wünschen übrig. In der letzten Zeit wurde den Schrottmühlbauern 30 Mk. für einen Stuhl angeboten. 9 Mann haben ungefähr 3 Tage daran zu arbeiten. Im Lohn hat die Firma 52 Mk. dafür bezahlt. Da die Schlosser die Arbeit für das Geld nicht machen konnten, meinte der Herr Direktor von der Dresdener Fabrik: „Na, wenn ich nur eine Zeit raus läme, da würde es nicht lange dauern, da ginge es schon!“ Dann wollte man den Arbeitern 25 Pf. Stundenlohn geben und der Überschuss sollte dann gleichmäßig unter sie verteilt werden. Als ein Former sich einmal über die unrichtige Kostulation des Formnermeisters Raabe dort beschwerte, da meinte der Herr in Gegenwart des Herrn Direktors Gahn: „Ich arbeite nicht mehr mit dem Formner zusammen, das ist ein Aufwiegler. Bei keinem Stück Arbeit ist er zufrieden.“ Und dabei werden fortwährend Abzüge gemacht, so daß wir alle Metallarbeiter davor warnen müssen, in Schmidberg im Erzgebirge Arbeit zu nehmen. Die Arbeiter bei Gebr. Selt in Dresden protestieren ganz entschieden gegen die Ausperrungen des Direktors, daß sie die Arbeit so billig machen können.

**Spremberg.** Herr Adolf Rippstadt, Besitzer der Eisengießerei und Glasformenfabrik, ist in seinen Ansprüchen gegen die Arbeiter nicht gerade wählerisch. Liederliche Schweine, Wurfer, Stiesel, Sautopf, Spitzhuhn, Stüde Hühner, verfluchte Hunde“ und anderes mehr sind an der Tagesordnung. Überstanden, die er nicht selbst bestimme, werden nicht bezahlt. Man kommen aber diese nichtbestimmten Stunden am Samstag bei den Formnern vor; obgleich sie angeblich nicht haben will sind sie aber, da die Arbeit rechtzeitig geliefert werden muß, unvermeidlich. Über die Löhne, die sich zwischen 16 und 22 Mk. bewegen, sagt niemand, aber die „nichtbestimmten“ Überstunden müssen leisten zu sollen, ist doch nicht in der Ordnung. Die Kranenarbeiten- und Inwaliditätsversicherungsbeiträge zahlt Herr R. zu belagern ist die Uneinigkeit der Arbeiter. Um Gehalt zu sein, mauert ein Former den Kupolosen aus. Organisiert sind von 4 Schlossern, 1 Dreher, 4 Formern, 1 Gießmeister, insgesamt 3 Arbeiter. Außer den 10 Mann beschäftigt ist er noch zwei Schlosserlehrlinge, zwei Gießereiarbeiter und seinen Sohn als Drehergehilfen.

**Stuttgart.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 25. April im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Reichel über die gegenwärtigen Streiks und Aussperrungen in der Metallindustrie referierte. Redner führte ungefähr aus: Es scheint, als wenn die Konjunktur sich in einer aufwärts streigenden Richtung befände; dies kommt auch zum Ausdruck in den Lohnbewegungen und Zuständen, die zur Zeit obwalten. Allerdings mache sich diese bessere Geschäftslage nicht in allen Berufen der Metallindustrie gleich geltend, was sich auch in der Verschiedenartigkeit der Differenzen zeigt. Während in einem Beruf fast nur Angrißstreiks zu verzeichnen sind, haben andere Berufe durchweg Anwechstreiks zu zeigen, was einigermaßen ihre alte Position erhalten zu können. So sind z. B. die zur Zeit geführten Klempnerstreiks durchweg Angrißstreiks; daran sind 422 Mitglieder beteiligt. Anders sieht es bei den Formnern. Bei diesen sind es vorwiegend Anwechstreiks, die geführt werden; es sind davon 322 organisierte Berufscollegen beteiligt. Schlosser, Dreher und Monteure stehen 105 in Anstand und handelt es sich hier um Angriß- und Anwechstreiks. Feilenhauer sind 58 organisierte an Anständen engagiert. Zusammen sind an den gegenwärtigen Streiks 1065 Werbemittelglieder beteiligt, die eine wesentliche Unterstützung aus Verbandsmitteln erhalten. Aussperrungen sind zur Zeit drei vorhanden und zwar in Metallschlaggergerwerke in Fürtz, Dresden, Grob-Schönau, Schwabach, Nürnberg, Lechhausen und Bräunchen mit 1192 Personen. In Fierlohn sind 4200 Metallarbeiter verschiedener Berufe beteiligt, wovon 1120 dem Metallarbeiterverband angehören, und in Zweibrücken sind

ebenfalls 160 Kollegen ausgesperrt. Auch die Ursachen dieser Aussperrungen sind grundverschiedene. Während es sich bei der Aussperrung in Schlaggergerwerke um ein gemeinsames Zusammenhalten der Meister mit den Arbeitern gegen die Kaufleute und Zwischhändler, zur Erhöhung der Preise für die Produkte und folglich die Erhöhung der Löhne der Arbeiter handelt, richten sich die Aussperrungen in Fierlohn und Zweibrücken gegen die Organisation. Den Unternehmern in diesen Industriezweigen ist das Emporwachen der Organisation ein Dorn im Auge und sie suchen dies zu verhindern, indem sie die organisierten Arbeiter respektive maßregeln und Austritt aus der Organisation verlangen. Die Kosten, die durch diese Zustände dem Geschäft der Verbandskasse entfallen, sind ganz enorme. Rechnet man nur schätzungsweise pro Mitglied 10 Mk. Unterstützung, so macht das 3358 Beteiligten eine wöchentliche Ausgabe von 33.580 Mk. Zahlen sind allerdings nur schätzungsweise zu verstehen, da je genaue Angabe momentan nicht gegeben werden kann. Über die nichtbezugsberechtigten Mitglieder müssen in solchen Fällen es sich um die Ehre der Organisation handelt, unterstützt werden denn es liegt im Interesse des gesamten Verbandes, daß der Aussperrungen nicht zu gunsten der Unternehmer ausfallen. Die besten Bestreben geleitet, hat der Vorstand Sammellisten zu geben die Aussperrten herausgegeben und werden die Kollegen es so rasch und viel wie möglich ihr Scherlein beizutragen. Was hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß das die der Listensammlung veraltet ist und den heutigen Verhältnissen mehr entspricht. Gehe die Gelder eingegangen und an Ort Stelle gebracht sind, können die Kollegen bereits gefügt haben unterlegen sein. Es empfiehlt sich, in Zukunft einen Modus zu finden, der es ermöglicht, in Anbetracht der Größe unserer Organisation auch möglichst große Summen in kürzester Zeit aufzubringen. wäre möglich, wenn in Zukunft der Vorstand ermächtigt würde derartigen Anlässen eine Extrasteuer auszuschreiben, die e oder mehrmals von sämtlichen Verbandsmitgliedern geleistet werden muß. Eine einmalige Extrasteuer von 60 Pf. würde in einer Liste von 140000 Mitgliedern, die der Verband zur Zeit zählt, 70000 ergeben. Wenn die Unternehmer derartige Beispiele der Solidität sehen würden, dürfte wohl manche Aussperrung unterbleiben. der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für ein derartiges Projekt aus und wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von der Aussperrung der Fierlohn Arbeiter und verpflichtet sich, dieselben nach finanziellen Möglichkeiten zu unterstützen. Die Versammlung erklärt jedoch die wackrige Aufbringung von Unterstützungsgeldern für ausgesprochen nicht bezugsberechtigten Kollegen durch Ausgabe von Sammelbüchern für veraltet und völlig ungenügend. Die Gelder gehen viel zu langsam und außerhalb nur spärlich ein und ist bei diesem System Druckberger Löhre und Löhre geöffnet. Sie schlägt daher vor, Stelle von Sammelbüchern dem Vorstand das Recht zur Ausschreibung von Extrabeiträgen in Fällen größerer Aussperrungen oder Lohnkürzungen einzuräumen.“

**Tangerhütte.** Der hiesige Landwehrverein hat es für gut gefunden, diejenigen seiner Mitglieder auszuschließen, die sich dem Metallarbeiter-Verband anschließen haben, weil angeblich Metallarbeiter-Verband sozialdemokratische Zwecke verfolgt. D. letzteres natürlich Unfug ist, wollen die Ausschließenen doch bei der Generalversammlung des Landwehrvereins ihre Aufnahme beantragen, da es ihrer Gesinnung widerspricht, ferner einer Vereinigung anzugehören, welche dem Hüttenwerk die helfendste leistet. Naive Gemüter nahmen bisher an, die Kräftevereine schließen Sozialdemokraten aus, weil solche „vaterland Gesellen“ keine königstreuen Grundsätze verfolgen und in politischer Hinsicht der Demokratie entgegen der Monarchie auftreten. Nun die Kräftevereine auch Leute ausschließen, die gesellschaftlichen Organisationen angehören, deren Zweck lediglich der Wahrung der den Arbeitern auf Grund des § 152 der Verberordnung zugehenden Rechte besteht, so beweisen diese Kräfte, daß ihnen die Geldinteressen der Unternehmer mindestens so wichtig sind, wie die Grundsätze der „Treue zu Kaiser und Vaterland“ in Frage kommenden Personen wurde folgendes Schreiben gestellt: „Kamerad H. N. Laut einer uns zugegangenen Mitteilung gehören Sie dem Verband der Metallarbeiter an, welcher sozialdemokratische Zwecke verfolgt und durch sozialdemokratische geleitet wird. Auf Grund des § 4 Absatz c unserer Statuten einer Zuschrift vom Landeskrägerverband werden Sie hierauf aufgefordert, sich bis zum 8. April d. J. zu erklären, ob Sie Landwehr- und Krägerverein oder dem Metallarbeiter-Verband angehören wollen. Wenn bis zur gesetzten Zeit keine Antwort in welcher Art beim Vorstehenden, Kameraden Leh, eingegangen ist, wird Sie hiermit aus dem Kräger- und Landwehrverein ausgeschlossen. Es soll jedoch einem jeden das Recht zustehen, seine Anmeldeberein wieder einzureichen, sobald er die begründete schriftliche Erklärung abgibt, daß er nicht mehr Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes ist. Gleichzeitig machen wir Sie darauf aufmerksam, daß gegen den Ausschließungsbeschluss Ihnen die Berufung an Generalversammlung innerhalb vier Wochen zusteht. Tangerhütte d. 1. April 1903. Der Vorstand des Kräger- und Landwehrvereins.“ — Natürlich konnte den Leuten die Wahl nicht fallen, da — von allem anderen abgesehen — die Unterzügen des Metallarbeiter-Verbandes viel höhere sind wie die des Krägerverbandes.

**Zwickau.** Wie überall, so wurden auch hier die Metallarbeiter durch die Krise arg heimgesucht. Die Arbeitszeit mußte durchgeändert werden. Am schwersten traf es die Arbeiter der Zwickauer Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, wo man die Flaubheit der Kolleweidlich ausnützt und sie als Vorspann gebrauchte, den Karren zu herauszugiehen. Dabei scheint sich die Direktoren nicht, denselben gehueuer zu belasten. Teure Auspuffer wurden ange stellt, die, net bemerkt, hier erst ihre Lehrzeit absolvieren konnten, kostbillige troßsysteme wurden eingeführt, die Stumm alle Ehre machen müßten auf Kosten der Arbeiter, aus denen man so viel als möglich heraus zu wirtschaften sucht. Leuten, die 25 bis 30 Jahre in der Fabrik tätig sind, wurde der Lohn von 30 auf 28 Pf. gekürzt, während Neueinstellungen mit 20 bis 22 Pf. erfolgen. Wie zum Lohne noch eine Ordnung erlassen, die das Motto trägt: „Seher Arbeit ist seines Lohnes wert.“ Am schwersten wird diese Reform in Gießerei empfunden, dort wurde und wird der Lohnsatz im 2. oftmals nicht erreicht. Zudem weiß man nicht einmal, was für einzelnen Stücke bezahlt wird. Hilfsarbeiter sind nach weitem spruch überflüssig; zu 16 Formern ist nämlich ein Mann vorhanden, der soll auch noch den Zimmermann ersetzen. Kranndrehen, Sand-Regelaufen, das können ja die Former selbst machen, dafür auch alles „rationell“ betrieben. Ein grauenhaftes Materialsystem ist eingeführt, man soll fast jedesmal drei heilige Eide leisten, das wirklich etwas gebraucht wird, und dann wird man ignoriert. Auch mit den gesetzlichen Vorschriften wird es nicht ernst genommen; Heizer, Maschinist, Absteher, alles existiert in Person. Von Waschvorrichtung, Frühlingshabe keine Spur, die sind gezwungen, das Essen in dem feucht-kalten Gießereiraum aufnehmen; ja, nicht einmal Krimwasser ist vorhanden. Der ist unbeschreiblich und geeignet, im Sommer gefährliche Krankheiten zu erregen, während man sich im Winter die Schneewehen an Gesicht puzen muß. Und all diese schmerzhaften Zustände, wo Arbeit aufgewendet wurden für eitel Blendwerk. Die Arbeiter aber nun, wo ihre Freunde sind, sie werden hoffentlich erwachen ihrer lethargie.

# Rundschau.

**Fierlohn.** Worauf es die Unternehmer in Fierlohn mit ihrem Beschlusse vom 1. Mai abgesehen haben, erhellt klar und deutlich aus der Zuschrift an die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die wie folgt lautet: „Fierlohn, 3. Mai. Durch den schon telegraphisch gemachten Beschluß der Fabrikantenvereinigung, nach welchem am 5. Mai



wahrscheinlich Arbeiterkrise, es des Erbteils derjenigen, die ihre Gesundheit und ihre Kraft im Interesse ihrer Existenz für den Kapital...

die den geschäftsführenden Ausschuss verpflichtet, auf eine Verbesserung des Herbergswesens hinzuwirken. Die Statuten des Verbandes der Gewerkschaften...

Osterreich

Der brutale Gewaltakt der Alpenen Montanogewerkschaft an den in ihren Diensten alt und fleh gewordenen Proletariern dürfte allem Anschein nach durch das Eingreifen des österreichischen Metallarbeiterverbandes erfolgreich abgewehrt werden.

Das vor kurzem zusammengekehrte Eisenkartell hat eine allem Anschein nach zu börsenwärtigen künstlich hervorgerufene „Krise“ glücklich überstanden. Die Differenzen sind nicht genügend bekannt, da die in den Wärfenblättern angebotenen Gründe für die Kartellritter nicht genügend genug sein könnten...

Der größte Teil der österreichischen Emailgeschirrfabrikanten hat sich zu einer Kartellorganisation vereinigt. Die Fabrikanten übertragen den Verkauf ihrer Produktion einem Zentralverkaufsbureau, dessen Sitz in Wien ist...

dem Export-Zentralbureau, dessen Sitz in Berlin ist, angeschlossen haben. Die übrigen Fabriken befragen, inwieweit sie für den Export überhaupt in Betracht kommen...

England

Die „Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer“ hatte nach ihrer letzten Monatsabrechnung im März d. J. 94157 Mitglieder (gegen 93693 im Februar). Von diesen waren 8842 arbeitslos (Februar 1871), 2390 (2448) krank und 4882 (4267) wegen Altersunterstützung...

Ein englischer Kassenarbeiter. Wie fast einige Mitglieder des genannten Verbandes die Kassenpländerung betrieben, sehen wir aus einer Bekanntmachung des Executive Council, den Ausschluß eines Mitglieds in Jailsmorth betreffend.

Literarisches

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 31. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Liberalismus im Wahlkampf. — Die irische Landbill. Von M. Beer (London). Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland...

Inhalt von Nr. 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Die Arbeiterinnen und der gesetzliche Beschäftigungstag. — Wohlfahrtsplage. — Zum Kampf in Iserlohn. — Träume sind Schäume! — Noch eine Ausprägung! — Christlich ist Krampf! — Geschäftsbericht der Sächsisch-Schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft pro 1901. — Statistische Erhebungen über die Krankenversicherung der Dresdener Verbandsmitglieder. — Aus den einzelnen Branchen: Zur Lage der Feilenhauer in Nürnberg. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Korrespondenzen. — Rundschau: Iserlohn. Wer terrorisiert? Eine unferntige Raiferer. Rüstung zum Kampfe. Veruchte Greppressung? Bedrohung des Koalitionsrechtes durch die Justiz. Polizei gegen Streikposten. Ein klassisches Urteil. Der Generalfreil. Wohlfahrtsplage. Die Arbeiterversicherung. — Vom Ausland: Dänemark. Osterreich. England. — Literarisches.

Vom Ausland.

Dänemark.

Die jährliche Generalversammlung des Verbandes der dänischen Gewerkschaften tagte am 24. und 25. April zu Kopenhagen. Anwesend waren 400 Delegierte. Der Tätigkeitsbericht, den der provisorische Vorsitzende G. M. Olsen erstattete, wurde einstimmig gutgeheißen.

Verbands-Anzeigen.

- Wittlinger-Sammlungen. (In allen Sammlungen werden Mitglieder ausgen.)
Wittenberg. Samstag, 16. Mai, abends 8 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg. Samstag, 16. Mai, abends 9 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 8 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 9 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 10 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 11 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 12 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 13 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 14 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 15 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 16 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 17 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 18 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 19 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 20 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 21 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 22 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 23 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 24 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 25 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 26 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 27 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 28 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 29 Uhr, im „Fisch“.
Wittenberg (Allg.) Samstag, 16. Mai, abends 30 Uhr, im „Fisch“.

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma Alexander Schlicke & Co. Stuttgart, Kistenstraße 16 B. empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller Arten...

Nur 6 M. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980.

Meinel & Herold. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980. Harmonika-Fabrik, Klingenfabrik (Sach.) Nr. 4980.